

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungskarte Nr. 4827) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anserte werden die 5spaltige Petitzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Beitrag ist im voraus zu bezahlen. — Sühnt der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer freilich 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Verkaufsstellen 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Riesen und die Zwerge.

Leipzig, 27. Februar.

Prinz Heinrich ist jetzt überm großen Wasser.

Es ist das erste Mal, daß die Spitzen der Alten Welt und der Neuen Welt offiziell zusammentreffen und die bei solchen Gelegenheiten üblichen Kundgebungen gegenseitiger Sympathie austauschen. Bisher hatte man wohl im alten Europa des Gottesgnadentums und der Diplomatie die Amerikaner nicht recht für voll nehmen wollen; man hatte in ihrem Staatsgebilde nur noch die Kolonie, das Tochterland, gesehen, das seine ganze Kultur ja doch nur der alten Mutter Europa verdankte und daher nie den patriarchalischen Respekt gegen die Wiege seiner Kultur vergessen dürfe. Wenn man aber angenommen hatte, die Yankee würden sich vor ungemessener Freude über den hocharistokratischen Besuch auf die Köpfe stellen, so sieht man sich jetzt getäuscht. Im Gegenteil: sie halten mit selbstgefälliger Eigenjhm an den Formen der Höflichkeit fest, die in ihrem Lande sich eingebürgert haben und dort Kurs haben; sie verschmähen es, sich dem feudal-barocken Hofzeremoniell ihrer Gäste zu fügen, und versagen in republikanischem Selbstgefühl dem deutschen Kaiser und dessen Bruder die schuldige Anekdote. Es fällt ihnen nicht ein, sich in das spätmittelalterliche Kostüm der höfischen Sitte zu werfen, damit sich ihre Gäste heimischer fühlen mögen; sie sprechen ihre eigene Demokratensprache und heißen die Europäer mit ihren großartigen, breit ausladenden Gesten willkommen. Es fällt sofort auf, wenn man die spaltenlangen offiziellen Empfangsberichte genießt, daß dort drüben zwei ganz fremde Welten zusammengestoßen sind, Welten mit ganz verschiedenen Dimensionen, und man fühlt sich beim Lesen einen Augenblick an Gullivers Reisen erinnert, an die fabelhaften Erzählungen von dessen Erlebnissen im Lande der Riesen und der Zwerge. Es ist, als ob sich die Amerikaner uns gegenüber als die Riesen fühlen, die von den lustsinnigen, arbeitssamen und klugen Zwergen des alten Europa wohl manche Handfertigkeit und manche Geschicklichkeit gelernt haben, die aber dann die Technik der Alten Welt in neue größere Verhältnisse, ins Gigantische, ins Ungemessene ausgebildet und gesteigert haben, so daß es unseren Größenbegriffen erscheint, als wanderten sie mit Siebenmeilenstiefeln. Und etwas riesenhaft Ungeschlachtet tragen sie nun auch unserer viel älteren Zwergkultur und deren offiziellen Vertretern gegenüber zur Schau; es macht ihnen Spaß, vor dem Prinzen aus Europa ihre ungefüge Riesenart zu zeigen, und sie legen Wert darauf, sich im Verkehr mit ihm in ihren eigenen, selbstgewachsenen Proportionen zu produzieren.

Die offiziellen Berichte über die Taufe der Kaiserjacht und die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Prinzen Heinrich bieten geradezu einen kulturhistorischen Genuß.

Dabei machen diese ungeschlachten Gleichheitsregel ganz diplomatisch keine Unterschiede. Sind Herr Roosevelt oder Miß Roosevelt auf amerikanischem Boden, so verkehren sie mit den europäischen Souveränen als Gleiche mit Gleichen. Aber an Bord des deutschen Kriegsschiffs fühlen sie sich als Gäste und finden sich in die europäischen Umgangsformen mit Fürsten. War schon die Begrüßungsdepesche Mr. Roosevelts an den Prinzen wegen ihrer sitzvollen Stillsichtigkeit aufgefallen, so mußte das formlose Telegramm, in dem Miß Roosevelt dem deutschen Kaiser den Vollzug der Schiffstaufe meldete, allen europäischen Ceremonienmeistern das Herz in die Kniehosen fallen lassen. „Ich gratuliere Ihnen“, klaberte die süße Miß an Wilhelm II., „danke Ihnen für die mir erwiesene Liebenswürdigkeit und sende Ihnen meine besten Wünsche.“ Just der Ton, in dem etwa eine millionenschwere Amerikanerin einem preussischen Lieutenant dankt, der mit ihr den Cotillon getanzt hat. Die Sitten des Wilden Westens sind immer noch unberührt von Europas überlätzter Höflichkeit.

Formgerechter waren die Trinksprüche, die an Bord der Hohenzollern getauscht wurden. Wenigstens versuchte — wenn anders Offiziosus Wolff die Rede nicht höflich redigiert hat — Präsident Roosevelt den Hoston zu treffen. Dafür waren sie von entzückender Inhaltslosigkeit.

Prinz Heinrich kostete in englischer Sprache: Herr Roosevelt, Sie sind hier an Bord als Gast des deutschen Kaisers, und ich glaube, daß dies das erste Mal ist, daß ein Präsident der Vereinigten Staaten je an Bord eines Schiffes des Kaisers gewesen ist. Wolle Gott, daß es nicht das letzte Mal sein möge! Ich möchte Ihnen herzlich für den Empfang danken, den ich seit dem ersten Tage, an dem ich gelandet bin, bis zu diesem Augenblick gefunden habe. Es ist mein aufrichtiger und gewisser Eindruck, daß ein starkes Gefühl persönlicher Freundschaft zwischen uns besteht. Möge es sich ausdehnen zum Heile unserer zwei großen Nationen! Der Prinz schloß mit einem Hoch auf den Präsidenten, worauf die Musik die amerikanische Nationalhymne spielte.

Präsident Roosevelt erhob sich sofort und antwortete, gleichfalls in englischer Sprache: Ich möchte meinen herzlichsten Dank für die gütigen Worte ausdrücken, welche Eure königliche Hoheit mir gewidmet haben, ich möchte Ihnen zu wissen thun (das ist kein Kompliment), daß Eure königliche Hoheit bereits einen aufrichtigen Platz in unserer Zuneigung und in unserem Wohlwollen gewonnen haben. Wir würden es in hohem Maße, daß der deutsche Kaiser Sie zu dem amerikanischen Volke entsandt hat, und ich danke Ihnen persönlich, und auch dafür, was natürlich von viel höherer Wichtigkeit ist, daß Sie einen Schritt unternommen haben, der naturgemäß die beiden großen Nationen enger aneinanderknüpfen muß, deren Freundschaft so viel für die zukünftige Wohlfahrt der ganzen Welt bedeutet. Um schließlich einen persönlichen Wunsch von mir auszudrücken, so ist es mir, daß ich mit großer Freude dem Tage entgegen sehe, an welchem ich Gast bei Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Admiral an Bord eines Ihrer Schlachtschiffe sein

werde. Der Präsident schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Prinzen.

Später erhob der Prinz sein Glas nochmals und dankte, indem er sich an Fräulein Alice Roosevelt wandte, bleiser vor allem für die wahrhaft reizende Art, in der sie die Taufe des Meteor vollzogen habe. „Wir Seelente“, sagte der Prinz, „sollen ein wenig abergläubisch sein.“ Zum Admiral Evans sich wendend, schaltete der Prinz ein: „Ich glaube, Admiral Evans, wir sind es nicht. Wie dem auch sei, diesem Fahrzeuge ist eine besonders glückliche Laufbahn schon um deswillen beschieden, weil es von einer Künstlerhand erbaut (hierbei wandte sich der Prinz dem amwesenden Erbauer der Jacht zu), und weil es bei seinem ersten Erscheinen auf dem Wasser mit dem Namen einer Dame verknüpft ist. Sind wir Seelente doch auch gewohnt, von unserem Schiffe als von „Ihr“ zu sprechen, und halten und behandeln wir doch unsere Schiffe wie unsere Frauen! Ich trinke auf die Gesundheit von Miß Alice.“

Im Rathaus von Newyork, wohin alsdann der Prinz sich begab, um das Diplom des Ehrenbürgerrechts der Stadt entgegenzunehmen, trat ihm der Lordmayor mit dem ganzen Selbstgefühl eines Republikaners entgegen. Er verfehlte nicht, darauf hinzuweisen, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechts die höchste Auszeichnung sei, welche die Stadt Newyork, die Hauptstadt Amerikas und des Mittelpunkts seines kommerziellen und geistigen Lebens, zu vergeben habe. Der Lordmayor posierte in antiker Bürgergröße. So mögen einst die Gesandten Roms den Königen von Macedonien oder Aegypten entgegengetreten sein. Die Yankee fühlen sich als die künftigen kommerziellen Beherrscher der Welt und sie machen in ihrer derb-jovialen Weise kein Hehl aus ihren Empfindungen. Sie nehmen den Vertreter der imperialistischen Weltpolitik mit einer gewissen Herablassung in den amerikanischen Bürgerverband auf. Sie geben sich gar keine Mühe, zu verheimlichen, daß sie die kommerzielle Zukunft als ihnen gehörig betrachten und daß sie heute schon in der Alten Welt, insbesondere dem kommerziellen Deutschland, nur eine Filiale der amerikanischen Weltherrschaft erblicken. Was ist ihnen das alte Europa? Ein schöner Ausflugsort mit komfortablen Gasthöfen, ein altes Märchenland mit Prinzen und ritterlicher Romantik, mit Professoren der Metaphysik und lyrischen Dichtern. Ein Land der feinsten Kultur, der raffiniertesten geistigen Genüsse; aber dem jungen amerikanischen Riesen gegenüber doch immer nur die Stätte engerer, zwerghaft verflümmelter Verhältnisse, die gegenüber der gewaltigen Organisation der Produktivkräfte in der Neuen Welt auf die Dauer nicht konkurrieren können.

Und dieses Selbstgefühl ist kaum übertrieben. Ein Blick auf die amerikanische Produktion in Landwirtschaft und Industrie lehrt die riesige Ueberlegenheit der Neuen Welt. Drüben eine gesunde, üppig blühende, weil rationell und mit moderner Technik betriebene Landwirtschaft und eine industrielle Verarbeitung, und kapitalistisch geregelte Verwertung ihrer Produkte. Hier eine verarmende, an ihrer Zwerghaftigkeit selbst zu Grunde gehende kleinbäuerliche

Seuilleton.

Die leibhaftige Boshheit.

Roman von Gustav Mied.

Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Dänischer von Mathilde Mann.

Ein silberfeines Schellengeklingel ertönte unten in der Straße.

Frau Lassen drehte sich behende um:

Der erste Schlitten!

Es war der Kille-kille-Gutsbesitzer Heimann mit seinen Schimmeln. Sie tanzten wie die Rehböcke vor dem Schlitten. Auf den Köpfen hatten sie Federbüschel, auf dem Rücken Hochhaarschweife, und ein großes filiertes Schlittenneß umwogte sie.

Der Gutsbesitzer selber stand abgehärtet, blond und stattlich in seinem Värenpelz, mit Pelastiefeln und Mütze hinter auf dem Schlitten. Die lange Schlittenpeitsche schleppte wie eine Ratter in dem weißen Schnee hinter ihm droin. Und wenn er sie schwang, Klang es wie Kanonendonner.

Frau Lassen stand in den Anblick versunken da, versunken und empört.

Denn der „Killekille“ war Gammelkjøbings „großes Tier“.

Der Schlitten bog auf den Marktplatz ein. Und ein gewaltiger Peitschenknall machte die Gaslaternen ertönen.

Hinter Fenstern und Thüren sah man große, neugierige Augen. Und die Stadtkassiererin stand wie angewachsen in ihren Galoschen da, obgleich ihre Füße zu

frieren angingen. Sie hatte ihr „Mutterweh“ ganz vergessen.

In einem großen Bogen fuhr der Schlitten an Kürschner, Hattacas' und Krämer Ribensies Läden vorüber und hielt vor der Buchhandlung.

„Nun bitte ich Sie!“ dachte Frau Lassen und erstarrte.

Übermals ertönte ein Peitschenknall über den Marktplatz. Diesmal hallte er von der Kirche zu den weißen Schwestern oben auf dem Hügel wider.

Und noch ein Knall!

Die Thür der Buchhandlung wurde schnell geöffnet, und Frau Oppermann kam lächelnd die Treppe hinab. Auch sie war ganz in Pelz gehüllt, und auf dem Kopf trug sie einen breitrandigen Filzhut mit Myriaden von wehenden Straußenfedern.

„Guten Tag, Heimann!“ nickte sie vergnügt. „Das muß man sagen, Sie sind prächtig!“

Der Gutsbesitzer war vom Schlitten gebrungen und stand nun da und hielt die Decke zur Seite, — es war ein Eisbärfell mit Kopf und Pfoten, — damit die Gnädige einsteigen könne.

In den Fenstern des ersten Stockwerks lagen alle „Novellen“, um zuzusehen. Jede Ladenthür auf dem ganzen Marktplatz war angelehnt, und gegen jede Fensterscheibe drückte sich ein Gesicht flach.

„Ruhig!“ donnerte der Gutsherr, als die Schimmel zu tanzen angingen. Und sofort standen sie regungslos da.

Der Kavaliere stopfte den Eisbären sorgfältig rings um die Dame herum ein und schwang sich dann auf den Rittschersitz. Ein rasselnder Knall. Die Pferde zogen an. Die Schellen klingelten. Die Hochschweife wogelten, und das Fuhrwerk fauste von dannen.

Oben in den Fenstern nickten die „Novellen“ und warfen Ruchhände herunter, und Frau Oppermann winkte mit ihrem Muff hinauf.

Aber vor Frau Lassens Augen war es längst finstere Nacht geworden:

„Am heiligen Abend!“ murmelte sie, — „etwas so Schamloses! Mitten auf dem Marktplatz!“

Und sie ging einen Augenblick stark mit dem Gedanken um, zu Frau Heilbunth zurückzukehren und das Ereignis gründlich zu bereden.

Da aber ertönte im selben Moment dicht neben ihr eine Stimme:

„Ein stolzes Paar, Frau Lassen, nicht wahr?“

Sie drehte sich um.

„Mein Gott, Sie sind es, Herr Zollkontrollleur?“

„Ja, zu Befehl!“

„Was sagen Sie denn dazu?“

„Was ich sage? Wozu?“

„Zu den beiden!“ Frau Lassen zeigte in der Richtung des Schlittens, der längst verschwunden war.

„Sie freuen sich gewiß, daß sie eine so schöne Fahrt machen können!“

„Ja, zusammen!“ sagte Frau Lassen.

„Zusammen, ja! Sie kleiden sich ja gegenseitig so gut!“

„Aber er ist ja doch verheiratet, Mensch! Und sie hat Kinder!“

„Das ist ihre Sache!“

Die Stadtkassiererin schluckte einen Entrüstungskloß herunter:

„Anfere Anschauungen gehen in diesem Punkt wohl sehr weit auseinander, Herr Kontrollleur!“

Claus Haarzoteln gerieten in Bewegung.

Produktion. Drüben die gewaltige Regelung der industriellen Produktion durch die Trusts, eine enorme Ersparnis an Arbeitskräften durch die einheitliche Organisation des Produktionsprozesses und eine monopolistische Beherrschung aller Absatzgebiete und Verkehrswege. Hier armelige, hoffnungslose Mittelstandspolitik und künstliche Konfervierung des künstlerischen Handwerks. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, wem die industrielle Zukunft, die Beherrschung des Weltmarktes bald genug gehören wird.

Einstweilen tobt im Lande der Zwerge der Lärm über die amerikanische Gefahr und das Zollkriegsgerächel der Agrarier gegen den Meistbegünstigungsvertrag mit Amerika. Unnötig zu sagen, daß die Yantees diesem Toben mit ebenso gelassener Ueberlegenheit gegenüberstehen, wie jetzt dem Besuch des deutschen Prinzen. Beides nehmen sie nur als Anerkennung ihrer Weltmachstellung. Und vollends bei der kaiserlichen Nacht könnte man versucht sein, etwas anzüglich an eine elbische Sage zu denken, die der alte Pfeffel einmal besungen hat. „Das Niesenpielzeug“ ist das Gedicht betitelt, und die Tochter des Niesen spielt darin eine ebenso reizende und sympathische Rolle wie Miss Alice Bee Roosevelt bei der neuesten offiziellen deutsch-amerikanischen Völkerverbrüderung.

Politische Uebersicht.

Eine wichtige Entscheidung.

Mit 14 gegen 10 Stimmen hat gestern die Zolltarif-Kommission jenen Kompromißantrag, betreffend die Höhe der Getreidezölle, angenommen, der von der Regierung als unannehmbar bezeichnet worden ist. Der Präsident des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, und der Führer der bayerischen Agrarier, Heim, hatten sich der Abstimmung enthalten, weil ihnen auch die Höhe des Kompromißantrags zu niedrig erschienen. Von der Rechten und von der Linken hatte je ein Mann gefehlt. Es haben demnach von den 28 Kommissionsmitgliedern 16 den Regierungsentwurf als unzureichend befunden, während von den restlichen 10 Mann der größte Teil auch für den Regierungsentwurf unter keinen Umständen zu haben ist.

Es ist allerdings richtig, daß die Angehörigen der Brotwucherpartei damit noch nicht ihr letztes Wort gesprochen haben. Aber mit ihrem Beschlusse von gestern haben sie wieder einen Schritt weiter gethan auf dem Wege, der den Zolltarif unsehbar nach dem Orkus führen muß. Sollten sie sich auch noch in einem späteren Stadium der Beratungen — sei es in der Kommission oder im Plenum — zur Annahme der Regierungsvorlage bequemen wollen, so ist ihr Standpunkt doch durch ihre bisherige Stellungnahme auf das tiefste erschüttert.

Offenbar befindet sich die Mehrheit heute im Zustande der größten Seelennot. Ein Teil von ihr spekuliert wohl ernstlich darauf, die Tarifvorlage zum Scheitern zu bringen und sich dafür dadurch schadlos zu halten, daß sie die Erneuerung der Handelsverträge hintertreiben will. Gelangt dieser Plan zur Durchführung, so gerät die Reichsregierung bei den nächsten Wahlen in die abenteuerlichste Situation, die seit dem Bestande des Reiches vorgekommen ist. Dann hätte sie gerade von jenen Parteien, die sie gehätselt und großgezogen hat, die furchtbarste Schädigung der Reichsinteressen zu befürchten, während ihr jene große Partei, die entschieden für die Erhaltung des Handelsfriedens eintritt, die Sozialdemokratie, als rote Umsturzpartei höchst grauenregend ist. Sie verfällt der Schula, wenn sie der Charlybbs ausweicht.

Ein anderer Teil der Brotwucherer, der im Centrum und in der nationalliberalen Partei seinen Mittelpunkt hat, dessen Anschauungskreis aber offenbar bis weit in das Lager der Blindler reicht, steht auf dem Standpunkte, einfach zu nehmen, was man kriegen kann, und ist bereit, im letzten entscheidenden Augenblick für die Vorlage der Regierung zu stimmen.

Die Mehrheit des Reichstages befindet sich also in der unangenehmen Lage, daß sie entweder ihren Spaziergang auf der Dachrinne fortsetzen oder unter dem Gelächler der ganzen Welt ihren Rückzug auf festes Terrain bewerkstelligen muß. Nicht minder peinlich aber ist die Lage der Regierung, die mit ihrem Programm, immer hübsch in der Mitte zu bleiben, zwischen zwei Stühlen auf den Boden zu sitzen kommt.

Eine Rettung aus dieser Situation wäre vielleicht noch möglich in einem Lande, dessen Bevölkerung an der Entwicklung seiner politischen Schicksale nur geringen Anteil nimmt. Sie ist nicht möglich im deutschen Reiche, dessen Volk bereit ist, sein

Vrot gegen die Angriffe profitgieriger Deutemacher mit allen wirksamen und zulässigen Mitteln zu verteidigen.

Gelangt es der Regierung, den Widerstand von rechts zu brechen, so wird sie links auf Wälle stoßen, die unheimlichbar sind.

Klage Politiker setzen sich willig einer kleinen Blamage aus, um eine größere zu vermeiden. Wenn die Regierung den billigen Spott nicht ertragen kann, den sie durch die Zurückziehung ihrer Vorlage erwecken würde, dann wird sie eben noch schlimmere Erfahrungen machen müssen.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 25. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt, ohne indes über die Generaldebatte hinauszukommen.

Die Sitzung begann mit einer, auf beiden Seiten in äusserst scharfen Tönen gehaltenen Polendebatte. Der Redner der Nationalliberalen, Abg. Schmieding, forderte eine Abänderung des Vereinsgesetzes dahin, daß in öffentlichen Versammlungen nur noch deutsch gesprochen werden darf. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht die Auflösung von Versammlungen wegen Gebrauches der polnischen Sprache für ungesetzlich erklärt.

Abg. Frhr. v. Jedlich (freikons.) war der einzige Redner, der noch auf den Fall Kauffmann zu sprechen kam. Nicht mit Unrecht warf er den Freisinnigen vor, sie hätten kein Mark in den Knochen, denn sonst müßten sie dem Minister durch Verweigerung seines Gehalts ein Mißtrauensvotum erteilen.

Den größten Teil der Sitzung füllte der Streit der Nationalliberalen mit den Agrariern aus. Beide Parteien sind augenblicklich nicht gut aufeinander zu sprechen. Die Nationalliberalen, als Vertreter der Großindustrie, wünschen sehnlichst das Zustandekommen des Zolltarifs, sie nehmen die agrarische Agitation dagegen ernst und fürchten, daß ihnen die Leute, die sie schon sicher zu haben glaubten, entziffen würden. In nicht allzu fernem Zeit freilich werden sich die Schlotzunker mit den Krautzunkern wieder ausgehöhnt haben und gemeinsam den Vortag gegen die Arbeiterhaft unternehmen. Erinnerte doch heute schon Abg. Schmieding (nat.lib.) an das Bismarcksche Kaviell, das zwar zur Zeit in die Brüche gegangen ist, dessen Erneuerung aber die Nationalliberalen von Herzen wünschen. Die Agrarier werden sich nicht allzu lange sträuben.

In der Sitzung am Mittwoch nahm das Abgeordnetenhaus zunächst einige kleinere Vorlagen in zweiter Lesung an, darunter den Gesetzentwurf betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel für Wohnungen von gering besoldeten Beamten und Staatsarbeitern.

Hierauf setzte das Haus die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Daß die Debatte erschöpft ist, bewiesen die Reden der wenigen Abgeordneten, die noch das Wort ergriffen, der Herren Dr. Friedberg (nat.lib.), Gothein (freis. Vg.) und Kreiling (freis. Vp.). Abg. Dr. Friedberg verbreitete sich über den Zolltarif und erklärte, daß die Nationalliberalen geschlossen für die Regierungsvorlage eintreten. Den Freikonservativen, denen er und sein Freund v. Egnern in den letzten Tagen bittere Wahrheiten gesagt hatte, rebete er zu Herzen, indem er sie an die gemeinsamen Ziele beider Parteien erinnerte. Der Friede scheint also wieder hergestellt zu sein. Abg. Gothein schilderte nochmals eingehend die Vorgänge in Grimmern. Der Minister Frhr. v. Hammerstein glug auf die schweren, genau substantiierten Vorwürfe des freisinnigen Redners gegen den Landrat v. Malzahn nicht mehr ein, sondern suchte sich damit aus der Affäre zu ziehen, daß er Herrn Gothein unter großer Unruhe auf der Linken vorwarf, er habe nur eine Maßgabe halten wollen. Endlich verteidigte auch Abg. Kreiling das Verhalten der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Falle Kauffmann, um sich zum Schluß über die Nachsicht der Polizei gegen den Antisemitenhühnling Graf Bialler zu betlagen.

Nach Bewilligung des Ministergehalts erledigte das Haus noch eine Anzahl von Kapiteln des Etats ohne erhebliche Debatte.

Morgen fällt die Plenarsitzung mit Rücksicht auf die Arbeiten der Budgetkommission aus.

Am Freitag sollen die Gesetzentwürfe betr. die Heranziehung zu den Kreisabgaben und betr. die Provinzialdotationen beraten und hierauf die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt werden.

* Berlin, 27. Februar. Nach den Erklärungen, die der Polizeiminister v. Hammerstein jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben hat, werden in Zukunft in Preußen Frauen politischen Versammlungen beizuwohnen dürfen, unter der Bedingung, daß sie sich auf die Rolle der Zuhörerinnen beschränken und von den männlichen Versammlungsteilnehmern getrennt gehalten werden. Das civilisiertere Europa wird diese Nachricht mit ungemischter Heiterkeit vernehmen.

Eine Beförderung von Abgeordneten im militärischen Range hat der Kaiser vor einigen Tagen auf dem Festmahle aller Herren beim Regiment der Garde-du-Corps vorgenommen. Der wegen seiner Kanalabstimmung zur Disposition gestellte Landrat v. Koye wurde vom Rittmeister a. D. zum Major, der konservative Abg. v. Kessel zum Rittmeister ernannt. Außerdem hat der Kaiser dem Burggrafen zu Dohna-Waldburg und dem Rittmeister zu Bentheim die Uniform des Regiments der Garde-du-Corps verliehen.

Graf Posadowsky hat Inszenenza und verläßt das Haus nicht. Was ihn so sehr verknüpft hat, ist nicht sicher festzustellen.

Die Nationalliberalen Hohrecht und Reichardt, zwei Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, sind in den Vorstand des Handelsvertragsvereins eingetreten. In einer am Montag zu Hamburg abgehaltenen Vereinsversammlung feierte Gothein dieses Ereignis mit folgenden Worten:

Das ist ein hochwichtiges Ereignis, und so darf ich wohl hoffen, daß der Zwist der Parteien zum Schmelzen gekommen ist vor der Not der Zeit, daß auch das Bürgerium in den weitesten Kreisen sich aufrufen und seine Schuldigkeit thun wird, daß es persönlich eingreifen werde beim Ausbringen der Mittel und zwar jetzt und nicht erst, wenn die Wahlen vor der Thür sind, damit wir es nicht erleben, daß ein Zolltarif zu stunde kommt, der eine Gefahr für unser politisches und wirtschaftliches Leben ist, sondern ein solcher, der Macht und Größe unseres Vaterlandes auch für die Zukunft gewährleistet.

Nun weiß man nicht: Hat der Handelsvertragsverein die nationalliberale Partei zu seinen Gefangenen gemacht oder die nationalliberale Partei den Handelsvertragsverein zu dem ihren?

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung des Etats für die Reichseisenbahnen fort. Abg. Müller-Fulda (Centr.) brachte zur Sprache, daß die elbischen Bahnen ihre Kosten von der königl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken nur um 10 Mk. billiger beziehen, als die Normalberichtspreise betragen, während private Firmen und Kohleneinkaufsvereinigungen 80 bis 40 Mk. pro 200 Centner Nachsch auf diese Liste genießen. — Minister v. Tzielen erklärte, dieser Anregung gern folgen zu wollen.

In fortgesetzter Debatte beklagte u. a. Abg. Riff (Hosp. b. freis. Vg.), daß der Fremdenverkehr von den reichslandwärtigen auf die badischen Eisenbahnen abgelenkt werde durch Vorenthaltung der Kilometerbeste für die Reichslande.

Minister v. Tzielen betonte demgegenüber, daß der erste Schritt einer Tarifreform in Süddeutschland zweifellos die Abschaffung der Kilometerbeste sein werde. Da sei es doch unklug, für Utsch-Lothringen etwas neu einzuführen, was in der Nachbarschaft bald fallen gelassen werde. — Auch Abg. Dr. Wachsmann (Centr.) erklärte, mit den Kilometerbesten sei man total herein gefallen.

Die Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr werden unverändert bewilligt.

Zu den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats wird eine Resolution Schumbergers angenommen, welche besagt:

„Der Reichstag wolle beschließen, unter Anerkennung der bisherigen Bestrebungen der Verwaltung der Reichseisenbahnen, die Nebenübergänge bei den Reichseisenbahnen nach dem hervorgetretenen Bedürfnis allmählich zu beseitigen, den Wunsch auszusprechen, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen unter entsprechender Heranziehung des Landflusses von Utsch-Lothringen sowie der betreffenden Gemeinden zu Beitragsleistungen, noch energischer als bisher mit der Beseitigung der besonders gefährlichen Nebenübergänge vorgehen möge.“

Die Höhe der Vorsehneuerung werden nach kurzer Beratung nach der Vorlage angenommen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der der Wunsch ausgesprochen wird, bei Beratung der Utschbahn nicht wieder mit Hambaralaffee traktiert zu werden (Geiterzeit), wird die Weiterberatung vertagt.

Am Mittwoch gab Abg. Richter (freis. Vp.) als Referent über die Utsch- und Verbrauchsteuern der Weinung Ausdrück, daß es sich nicht empfehle, alkoholische Erzeugnisse hier zu pflegen. Bei der Bemessung der Einnahmen aus den Zöllen dürfe in diesem Jahre um so weniger eine mechanische Schablone in Anwendung gebracht werden, da sonst ein Vorranschlag sich ergeben werde, welcher zu der Wirklichkeit in schroffem Widerspruch stehe. Die Berechnung des Bundesrats stützt sich auf den Durchschnitt der letzten 24 Monate, bis auf die Getreidezölle, für welche die Verhältnisse der letzten drei Jahre, 1898—1900, in

„Wahrscheinlich!“ entgegnete er. Und dann trat eine Pause ein.

„Sie wollen verreisen?“ fragte Frau Lassen schließlich mit mühsam errungener Fassung.

Knapsted hatte einen Koffer in der Hand und eine Reisetasche über dem Arm.

„Ja — — — Aber wollen wir nicht lieber weitergehen, Frau Lassen? Es ist zu kalt, um still zu stehen. — Gehen Sie nach Hause?“

„Ja!“

„Dann können wir eine Strecke zusammen gehen.“ Und sie gingen nebeneinander die Süßstraße hinaus. Der Schnee fiel leise und rein auf sie herab.

„Herrlich, daß wir Schnee bekommen haben,“ sagte Frau.

„Ja!“

„Es wird schönes Weihnachtswetter!“

„Ja!“

„Im vergangenen Jahr war es nicht so schön!“

„Nein!“

„Aber hoffentlich wird es im nächsten Jahre ebenso schön werden!“

Die Stadtkassiererin sah ihren Begleiter von der Seite an. Sie entdeckte nur Ernst hinter den Haarzotteln. Da gewann das Urtweibliche die Oberhand in ihr, und sie fragte:

„Wohin wollen Sie eigentlich reisen?“

„Nach Jütland!“

„Nach Jütland, so — o —?“

„Ja. Nach Ebletoft.“

„So? Haben Sie Verwandte dort?“

„Ja!“

„Das hat man hier in der Stadt ja gar nicht gewußt!“

„Nein; das ist etwas, worüber ich nicht zu sprechen pflege.“

„Aber, mein Gott, weshalb denn nicht?“

„Ach, es ist etwas Illegitimes, will ich Ihnen sagen.“

Die Haarzotteln bewegten sich sichtbar.

„Etwas — —?“ fragte Frau Lassen unsicher.

„Ja, ich hab da drüben ein paar Zwillinge!“

„Zwilling —“

Knapsted lächelte entschuldigend.

„Ja. Uneheliche — — Aber es sind ein paar brillante Jungens! — Ich glaube, weiß Gott, alle Kinder sollten unehelich sein. Man betreibt die Sache acqwissermaßen mit mehr Energie —!“

„Herr Knapsted!“

Die Stadtkassiererin blieb plötzlich stehen.

„Ach ja, entschuldigen Sie! Jetzt sehe ich es!“ sagte der Jütlander mit einem höflichen Krachfuß. „Wir sind bei Ihrem Hause angelangt! — Adieu, Frau Lassen! Grüßen Sie den Herrn Gemahl! Und fröhliches Fest!“

Frau Lassens bekannter Kloß im Halse verhinderte sie, zu antworten. Steif wie eine Hellebarbe stand sie vor ihrer Hausthür und starrte stitlich gelähmt der leibhaftigen Boshheit nach, diesem Frau, der ruhig und unbeirrt weiterschritt, dem Bahnhof zu.

Ununterbrochen und leise schwebten die Schneeflocken herab. Die Dämmerung brach herein, und die Gaslaternen wurden angezündet.

Alle Straßen und alle Dächer waren weiß. Auf die

Spione an den Fenstern lagerten sich Polster von Schneedaunen, ebenso auf die Pumpen in den Höfen und auf die Ranten der offenstehenden Thorflügel. Und wenn ein vorpringender Nagel oder Haken an einer Mauer sah, so wurde auch er weiß. — — —

Eine kleine Stadt im Schneegewande, und namentlich an einem Weihnachtsabend, wenn das Gas angezündet ist und die Lannenbaumkerzen hinter den Fensterscheiben schimmern, gehört zu dem Entzückendsten, Traulichsten, was ein Menschenauge zu sehen vermag!

So dachte wenigstens Oberlehrer Clausen, der seinen gewöhnlichen Abendspaziergang machte, ehe er sich zu Bürgermeisters begab, wo er das weihnachtliche Abendessen in Gesellschaft der kleinen Rosenliebhaberin, des Fräulein Olivia Nejerjen, des Bürgermeisters eigener Schwester, einnehmen sollte.

Er kam gerade aus der Schmiedestraße und stand nun auf dem Marktplatz.

Groß und weiß lag dieser vor ihm; viel größer als sonst. Die Gaslaternen standen in einem Kranz auf dem Trottoirs und ringsumher in den Häusern waren Lichter und Lampen angezündet. Ganz in der Ferne aber, im Hintergrunde des Marktplatzes ragte die Kirche zu den weißen Schwestern hoch über alle Dächer empor mit einem gedämpften rötlichen Schimmer hinter den Spitzbogenfenstern.

Ganz versunken in die Beschauung stützte sich der Oberlehrer auf seinen Stoch.

Von dem dunklen Himmel fielen die Schneeflocken dicht und leise, das Auge sah durch sie hindurch wie durch einen Schleier, der alle Konturen auslöschte und alle Ecken und Ranten rund und weich machte. — —

(Fortsetzung folgt.)

Errechnung gebracht sein. So sei eine Aufrechnung zu Stande gekommen, die schon um rund 18 Millionen hinter dem Ergebnis der 1900 zurückbleibe. Wenn man aber die ungünstige Getreideernte des Vorjahres in Betracht ziehe, die nach den vorliegenden Nachrichten eine erhebliche Mehreinfuhr schon erforderlich gemacht habe und noch erforderlich machen werde, so ergebe sich eine sichere Mehreinfuhr von rund 70 Millionen. Dieser bedeutende Ueberschuß rechtfertige ein Abweichen von der bisherigen Schablone und lasse es angemessen erscheinen, die Einnahmen und Ausgaben im Etat um mindestens 20 Millionen höher einzustellen.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann bittet, es bei den Etatsansätzen zu belassen. In gleichem Sinne spricht sich der österreichische Staatsrat Frhr. v. Stengel aus.

Hg. Müller-Fulda (Centr.) verteidigt Richters Standpunkt, er will aber der Sicherheit halber nur 12 Millionen mehr annehmen.

Geheimrat Mausjahn ergänzt die Rede Thielmanns, indem er seinerseits Bedenken gegen eine Erhöhung des Voranschlags geltend macht. — Abg. Wäsing (nat.-lib.) führt aus, obwohl der Anschlag Richters wie der Thielmanns haarküchelt mit einer unsicheren Schablone. — Der bairische Ministerialdirektor Scherer erklärt dagegen, daß Richter früher immer richtig verfahren habe.

Hg. Frhr. v. Hertling (Centr.) polemisiert im Sinne Wäsings gegen Müller-Fulda und Richter. Alle Voranschläge seien unsicher. Es dürfe aber in keinem Falle eine Erhöhung der Materialarbeitstage in Frage kommen, denn Bayern könne keine weiteren Lasten tragen. Er hoffe, daß Abg. Wäsing eine Anleihe beantragen werde, durch welche die Zuschußanleihe beschränkt werde nach dem Maße der Ueberschüsse aus Ueberweisungssteuern. Andernfalls werde er selbst einen solchen Antrag stellen.

Hg. Richter (freis. Vp.) will die Zuschußanleihe grundsätzlich nicht als eine Einrichtung der Finanzverwaltung des Reiches gelten lassen. Auf Anleihen dürften grundsätzlich nur Auswendungen für dauernde Kapitalanlagen des Reiches genommen werden.

Staatsrat Frhr. v. Stengel sucht den Ausführungen Richters gegenüber nachzuweisen, daß das Prinzip der Zuschußanleihe aber doch des Anleihegeschusses schon durch die leges Materie in die Reichsfinanzverwaltung eingeführt worden sei.

Sächsischer Geh. Finanzrat Dr. Müller hebt hervor, daß Sachsen in den letzten drei Jahren an ungedeckten Materialarbeitstagen rund 8 Millionen zuzuführen mußte.

Hg. Richter (freis. Vp.) beantragt schließlich die Einnahmen aus Zölle auf 400 Millionen Mark zu erhöhen. Es sei ein ganz falsches Prinzip, das, was im Reiches fehle, auf Anleihe zu nehmen. Die ganze Anleihe müsse mit einer Klausel versehen sein, das, was an Ueberweisungssteuern überschüsse, zur Verminderung der Anleihen zu verwenden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Richter mit allen gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der Antrag Müller-Fulda auf Erhöhung um 12 Millionen mit 12 gegen 9 Stimmen der Konservativen, National-Liberalen und der Abgg. v. Hertling und Pring Arenberg (Centr.) angenommen.

Bei der Beratung über die Einnahmen aus der Zudersteuer interpelliert Hg. Richter (freis. Vp.) den Staatssekretär v. Thielmann wegen der Brüsseler Prämienkonferenz. Staatssekretär v. Thielmann bedauert, nicht in der Lage zu sein, über schwebende Verhandlungen Mitteilung zu machen, erklärt aber, seine Ueberzeugung gehe dahin, daß es diesmal wahrscheinlich zu einer Einigung zwischen den Mächten kommen werde.

Die Abg. Müller-Fulda (Centr.) und Dr. Arendt (Reichsp.) betonen, daß eine Aufhebung der Prämien nur unter Bewahrung entsprechenden Schutzes für die heimische Zuderindustrie erfolgen dürfe.

Hg. Richter (freis. Vp.) führt dagegen aus, daß ohne Ermächtigung unseres Zuderzolls England durch Erhebung eines Zuschlagzolls die Einfuhr unseres Zuders ausschließen werde. Die Aufhebung unseres Zuderzolls sei schon nötig zur Sprengung des Kartells, das sich nicht nur für die heimische Konsumtion, sondern auch für die Zuder verarbeitende heimische Industrie als unträglich erwiesen habe. — Abg. Szmulca (Centr.) erwartet eine geringere Produktion für die kommende Campaigne. Auch die Konsumtion habe nachgelassen, da in seiner Gegend statt des Zuders vielfach Sacharin geerntet werde.

Nach längerer Diskussion über die weitere Gestaltung der Einnahmen aus der Zudersteuer, wird der Etatsantrag dafür unbeschadet angenommen.

Zur Reichstagsersatzwahl in Elbing-Marienburg verhandelt der Herr zu Dobna-Schlöben die Erklärung, daß ihm die Kandidatur überhaupt nicht angetragen sei. Sollte dies aber geschehen, so würde er sie ablehnen. Herr v. Oldenburg-Jannichau bleibt also unbestritten konservativ-agrarischer Hauptkandidat. Als Centrumskandidat ist der Dekan und Probst Jagermann in Elbing aufgestellt worden.

Ein Duell. Eine Unterhaltung über das interessante Thema, wie sich ein Reservelieutenant und Corpöstudent zu verhalten habe, wenn sein Schoppen schlecht eingeschänkt ist, führte am 18. Dezember v. J. zu einem Pistolenduell zwischen dem Reservedar u. A. R. Schenk und einem Studenten der Philosophie; beide in Breslau anässig. Die Schießerei verlief unblutig, der Reservelieutenant bekam dieser Tage vom Kriegsgesicht 5 Monate Festung publiziert. Ein anderer waffen-taugender Jüngling, der bei dem Dummjungenstreich als Artillerieträger fungierte, kam mit nur einem Tage Festung davon. Der Ehrentat, der erklärt hatte, daß ein Duell nicht zu umgehen sei, geht natürlich frei aus.

Der dekorierte Kriegsschuster. Auch ein Chinatriegsschuster, der für die Kämpfer Schuße anfertigte, hat, wie der Bericht erzählt, zu erzählen weiß, eine Chinamedaille bekommen. Der Vorwärts wundert sich darüber, ohne zu bedenken, daß Medaillen, die nichts wie Stiefel gemacht haben, schon oft mit viel höheren Auszeichnungen bedacht worden sind. Besonders beim Weltkrieg soll das schon sehr häufig vorgekommen sein.

Graf Bückler hat am Montagabend in Berlin wieder eine Rede gehalten. Wer nicht in den abscheulichen Verdacht kommen will, er mache sich über einen kranken Mann lustig, wird solche Reden mit großer Vorsicht behandeln müssen. Da aber zu seinen Versammlungen offenbar nicht bloß Leute gehen, die sich auf Kosten dieses Kranken unterhalten wollen, sondern vielmehr in der Stadt der Intelligenz sich auch solche finden, denen Graf Bückler eine sympathische politische Persönlichkeit ist, sei diesmal noch das absonderliche politische Ereignis dieser Rede registriert. Graf Bückler sagte u. a.:

Deutscher Kaiser! Sei hart gegen die Ratten, namentlich gegen die gelben. Schon hat es 1/12 geschlagen, um 12 Uhr geht das Reich zu Grunde. Willst Du warten, bis es noch mehr Juden-gewissen giebt. Stehst Du nicht, wie Deine Beamten und Offiziere von den Juden geschunden werden bis aufs Blut? Die Dörlinge sind Judengewissen und Jammersappen, wie auch die Behörden und Gerichte längst unter dem Einfluß der Juden stehen. (Lauter Beifall.) Ich hätte für mein forsches Auftreten gegen das Judenpad eher einen hohen Orden verdient, als eine Verurteilung. (Bravo!) Der König sollte die Behörden veranlassen, Spitzhüben und anderes Schindel zu verhaften, aber den unschuldigen Bückler unbehelligt

zu lassen. Sollte sich wieder einmal ein Volkseifer herausnehmen, mich verhaften zu wollen, siehe ich ihm eine Portion Schrot in den Bauch. Landgraf — Landgraf — Landgraf! Du gehst einem dunklen Schicksal entgegen! Es wird endlich Zeit, daß die kaiserliche Bute ihm im Nack und in der Wade. Wir aber müssen endlich einmal anfangen, auf die Judenbände wirklich loszugehen. Wenn Euch auf dem Heimwege schwarzlockige Jünglinge und Damen begegnen, tretet auf sie zu und gebt ihnen — patz, patz — rechts und links ein paar Ohrfeigen, hebt dann den Fuß und verfehlt den Schwarzgelockten noch einen tüchtigen Trittschritt. Auf diese Weise muß der Anfang gemacht werden. Mein Vaterland, wache auf!

Das hört auf komisch zu sein und wird peinlich. Bromberg, 25. Februar. Der Gemeindevorsteher von Daganowo (bei Labischin), Albert Ormina, der der Verleumdung des deutschen Lehrers Kühn angeklagt war, weil er in einer an die Regierung gerichteten Beschwerdeschrift behauptet hatte, daß der Lehrer Kühn die Schulkinder mißhandelt, wurde heute von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

y. Frankfurt a. M., 26. Februar. Die Frankfurter Stadtverordneten beschloßen in ihrer gestrigen Sitzung mit 25 gegen 22 Stimmen die Einführung des Proportionalwahlsystems für die Gewerbegerichtswahlen. Die Vorlage stand schon einmal am 10. Dezember v. J. zur Beratung. Damals gelang es den Linken und Reaktionären im Kollegium, die Vorlage zu Fall zu bringen, weil eine Reihe von Demokraten und Freisinnigen in jener Versammlung fehlten. Auch der sozialdemokratische Vertreter konnte in jener Versammlung nicht anwesend sein und die Gegner benutzten damals diese günstige Gelegenheit, um eine kleine Sozialistenhege zu inszenieren. In der Zwischenzeit hatten die christlichen Gewerkschaften wieder eine Petition an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in der sie um Einführung des Proporz für die Gewerbegerichtswahl baten. Ein sozialpolitisch fortgeschrittener Demokrat, Herr Dr. Köhler, griff die Sache auf; der sozialpolitische Ausschuß beriet erneut über den Proporz und einigte sich in seiner Mehrheit für dessen Einführung. Auch gestern machten die unumschmeißlichen Reaktionäre wieder verzweifelte Anstrengungen, die Sache zu Fall zu bringen, und es wäre ihnen auch gelungen, wenn nicht einige Nationalliberale die Vorlage unterstützt und für sie gestimmt hätten. Das Hauptargument der Linken war, daß durch die Einführung des Proporz die Machtposition der Sozialdemokratie im Gewerbegericht gestärkt würde. Alle gegen-tätigen Behauptungen waren vergeblich. Leider kann das Proportionalwahlsystem bei den diesmaligen Wahlen noch nicht Anwendung finden, da diese schon am 10. März stattfinden.

Kleine politische Nachrichten. Wegen Unterdrückung einer Beschwerde über Soldatenmißhandlung wurde der Hauptmann Hillmann vom 58. Feldartillerieregiment in Bromberg zu drei Wochen Festungshaft verurteilt.

Oesterreich-Ungarn.

Bueger schreit nach Volkst. — Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wien, 25. Februar. In der heutigen Sitzung des Gemeinderates wies Bürgermeister Bueger auf die von mehreren ausländischen Blättern unter Berufung auf die Neue Freie Presse gebrachten Meldungen über die Verunreinigung des Wiener Trinkwassers hin, sowie auf die in den betreffenden Artikeln enthaltenen Angriffe auf die Stadt Wien und deren Vertretung und erklärte, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung müsse man an die öffentlichen Gewalten des Staates appellieren, hier Wandel zu schaffen. Keine Großstadt würde solche Korrespondenten länger als 24 Stunden innerhalb ihrer Mauern dulden.

Herr Bueger will die Zeitungsschreiber, die die christlich-sozialen Gemeindefreiwörter ausreden, ausweisen lassen. Das ist doch einfach und bequem.

Im Abgeordnetenhaus schloß die Generaldebatte über das Budget mit einer sehr frommen und patriotischen Rede des klerikalen Abgeordneten Kathrein, die sich gegen die All-deutschen richtete.

Belgien.

Allgemeines Wahlrecht oder Revolution.

Unser belgischer Korrespondent schreibt uns: Wenn ein so ernsthafter Politiker wie Genosse Vandervelde die Worte: Allgemeines Wahlrecht oder Revolution! ausspricht, dann hat man das erst zu nehmen. Und wirklich drückt dieser Ausdruck Vanderveldes aus, was bei den belgischen sozialistischen Arbeitern Stimmung und Beschluß ist. Der Partit Ouvrier hat entschieden, daß jetzt das allgemeine Wahlrecht erobert werden soll. Koste es, was es wolle. Indessen ist nicht zu verkennen, daß man doch nicht der Entscheidung so nahe steht als viele meinen.

Der Entwurf, der jetzt in der Kammer behandelt wird, betrifft nur das Wahlrecht für die Gemeinde und die Provinzialstaaten. Für diese Körper ist das Wahlrecht nicht in der Verfassung festgelegt; es ist als gewöhnliches Gesetz geregelt und kann ohne Kammeraufhebung abgeändert werden. Nun stehen die Chancen des Antrages zur Einführung des allgemeinen, einfachen Wahlrechts für Kommune und Provinzialstaaten aber herzlich schlecht und in der Bevölkerung selbst findet diese Lösung nicht den nötigen Widerhall. Daher ist nicht anzunehmen, daß selbst die Ablehnung dieses Entwurfes allzu große Erregung hervorrufen wird. Die Ablehnung ist so gut wie sicher; denn selbst Jahren ist die klerikale Mehrheit nie so geschlossen, wie jetzt, dieser Vorlage gegenüberstanden. Und da die Klerikalen über 85 und die gesamte Linke nur über 67 Stimmen verfügt, so ist über das Schicksal der Vorlage kein Zweifel. Der entscheidende Augenblick wird wohl dann gekommen sein, wenn kurz vor den Kammerwahlen (welche im Mai oder Anfang Juni stattfinden müssen) ein Antrag zur Verfassungsrevision behandelt werden soll. Und da ist es wichtig, daß die Regierung sich bis jetzt noch entschieden geweiht hat, zu sagen, wie sie sich gegenüber einer Verfassungsrevision zu stellen beabsichtigt. Der klerikale Führer Woeste ist dagegen. Dieser Herr war aber im Jahre 1893 auch gegen die Abschaffung des Census-Wahlrechts und doch ist dieses zuletzt verwirklicht worden. Weiter ist es wichtig und erfreulich, daß der Widerstand, welchen das allgemeine Wahlrecht jetzt in liberalen Kreisen gefunden hat, je länger je mehr zusammensinkt.

Das Ereignis der Woche war eine Rede des Brüsseler liberalen Abgeordneten Hyman, eines der wenigen Doktrinarer, welche die belgische Kammer noch zählt. Dieser hat sich, namens seiner Fraktion, für die Verfassungsrevision ausgesprochen. Er will das allgemeine Wahlrecht, nur mit der Einschränkung, daß jeder Familienvater, der 40 Jahre alt ist, 2 Stimmen bekommen soll, gleichviel ob er Steuerzahler ist oder nicht. Weiter will Herr Hyman die Proportional-Vertretung in die Verfassung bringen, und er will absolut nichts vom Frauen-Wahlrecht wissen. Es wird immer wahrscheinlicher, daß, wenn die Klerikalen

bedrängt werden, sie das allgemeine Wahlrecht geben werden und zwar für Männer und Frauen, womit sie dann ihre Herrschaft wieder auf längere Zeit gesichert glauben. Dem gegenüber haben Sozialisten und Liberale sich geeinigt, für jetzt das Frauenwahlrecht nicht anzunehmen. Herr Hyman hat aber in seiner Rede sich nachdrücklich gegen jeden Gewaltstreich und jede Strafeinnahme ausgesprochen. Es ist also nicht unmöglich, daß die Herren Konserverativen sich doch im entscheidenden Augenblicke noch zusammenfinden werden.

Jetzt, da es zum letzten Ansturm gegen das Pluralstimmrecht geht, ist es nicht uninteressant, einmal an ein paar Bissern zu sehen, wie dieses Wahlrecht die Arbeiter schädigt. In Brüssel sind in den Arbeitervierteln von den 500 Wählern 352 Arbeiter und 148 Nichtarbeiter. Die Arbeiter haben 376, die Nichtarbeiter 248 Stimmen. Also 100 Arbeiter haben 107, 100 Nichtarbeiter 167 Stimmen. In den Brüsseler Vorstädten hatten 1621 Arbeiter 1771 Stimmen, 1462 Nichtarbeiter hatten 2596 Stimmen. Es gibt im ganzen 478 987 Wähler, welche für die Gemeindevahlen über nicht weniger als 1 322 000 Stimmen verfügen, während 667 285 Wähler nur ebensoviele Stimmen haben.

Es ist evident, welchen Schaden eine solche Regelung des Wahlrechts für die Arbeiter bedeutet, und obwohl dieses Wahlrecht den belgischen Arbeitern eine starke Vertretung in der Kammer ermöglicht hat, ist es doch ebenso gewiß, daß, so lange dieses Wahlrecht existiert, die Arbeiterschaft um wenigstens die Hälfte ihrer politischen Bedeutung beseitigt wird. Daher die Notwendigkeit, daß es verschwinde, wenn nötig mittels einer Revolution!

Frankreich.

Aus der Kammer.

Paris, 25. Februar. Die Deputiertenkammer verhandelte in ihrer Vormittags-sitzung über das Budget des Kriegsministeriums. Nach einer uninteressanten Debatte über Schaffung verschiedener Medaillen befragte sich Rabier über die geplante Neuorganisation des Generalstabes und die zu weit gehenden Machtbefugnisse, welche dem Kriegsminister gewährt worden seien. Hierauf werden die ersten 12 Kapitel des Budgets angenommen.

Italien.

Der Streik von Turin.

Rom, 27. Februar. In Turin wurde in den meisten großen Werken die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeitskammer in Mailand beschloß einen Protest gegen die Militarisierung des Eisenbahnpersonals, erklärte sich aber gegen einen allgemeinen Ausstand, den mehrere große Gewerksvereine als Antwort auf die Maßregeln der Regierung beifürworteten.

Spanien.

Der Aufruhr.

Aus Madrid, Barcelona, Murcia und Carthagena liegt von den beiden letzten Tagen eine Reihe von offiziellen Depeschen vor. So wird aus Madrid gemeldet, daß dort Ruhe und Ordnung herrsche. In Barcelona legen die Militärbehörden die Untersuchung über die letzten Vorkommnisse fort. Von den Verhafteten wurden 40 freigelassen. Die Hafenarbeiten haben wieder begonnen. 1200 Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In Murcia wird gestreikt, es soll aber dort ruhig zugehen. In Bilbao streiken die Bäcker.

In Carthagena kam es zwischen Ausständigen und Arsenalarbeitern, die sich weigerten, in den Ausstand zu treten, zu mehreren Zusammenstoßen. Die Straßenbahnen stellten den Betrieb ein. Nach einem Straßenbahnunfall wurde von den Ausständigen mit Steinen geworfen. Die Polizei zerstreute den Aufruhr und stellte die Ruhe wieder her. Bis auf die Bäcker sollen die Arbeiter dort die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Großbritannien.

Unterhaus.

London, 25. Februar. Norton bringt einen Antrag betr. die Stundenzahl der Arbeitszeit der Bahnangestellten ein. Nach längerer Diskussion erklärt Gerald Balfour im Namen der Regierung, dieselbe sei bereit, den Antrag Nortons in veränderter Form anzunehmen. Trotzdem wurde der Antrag Nortons in seiner ursprünglichen Fassung mit 151 gegen 144 Stimmen angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis wurde von der Opposition mit anhaltendem Beifall begrüßt.

Bei der Beratung des Marineetat's werfen mehrere Mitglieder die Frage der Heranziehung der Kolonien zu den Kosten für die Flotte auf. Der Unterstaatssekretär der Admiralität Arnold Forster erklärt, es werde in diesem Jahre eine Kolonialkonferenz stattfinden. Bei dieser Gelegenheit werde man die Ansichten der Vertreter der Kolonien über Beiträge der letzteren zur Stärkung und zu den Kosten der Flotte feststellen. Hier's Beach erklärt, die Frage werde sorgfältig erwogen. Die Regierung werde nicht als Bettler an die Kolonien herantreten, sondern in dem Vertrauen auf ihren Wunsch, sich an den Lasten des Gesamtreiches zu beteiligen.

Die Forderung von 5962000 Pfund Sterling Besoldung des effektiven Mannschafsstandes der Flotte wird mit 263 gegen 47 Stimmen genehmigt.

Robert's fragt hierauf, ob die russische Regierung in jüngster Zeit die Versicherung erneuert habe, daß die Mandchurei dem amerikanischen Handel nie verschlossen werden würde. Hier's Beach erwidert, er habe keine offizielle Kenntnis von solchen Versicherungen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung teilt der Finanzsekretär des Kriegsamtes Lord Stanley mit, daß die Kriegskosten bis zum 31. Dezember 1901 rund 131 Millionen Pfund Sterling betragen haben und daß die Kriegskosten vom 1. Januar bis 31. März d. J. auf 15 Millionen Pfund Sterling geschätzt würden.

Rumänien.

Ein Sturmverfuch gegen die Kammer.

Bukarest, 25. Februar. Mehrere Hundert Personen, angeblich Handwerker, wollten in die Deputiertenkammer eindringen, um zu Gunsten von Änderungen des Wesehentwurfes über die Handwerkergenossenschaften zu demonstrieren. Die Polizei wollte dies verhindern, sie wurde aber mit Steinen und Holzstücken angegriffen, wobei mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. 130 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Ruhe wurde wieder hergestellt.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Hierzu zwei Vorklagen.

Holzarbeiter.

Sonntag den 2. und 9. März
 Besichtigung des medico-mechanischen (Zander-) Instituts der Orts-Krankenkasse.
 Zusammenkunft ab 10^{1/2} Uhr im 2. Hofe des Rathengebäudes, Gellertstraße Nr. 7/9.
 Um Ueberfüllung thunlichst zu vermeiden, können sich am 2. März nur die Mitglieder mit dem Anfangsbuchstaben
A bis K. am 9. März diejenigen von **L bis Z** einfinden. — Uebigen Besuch erwartet [1806] **D. L.**

Soziald. Verein L.-West.

Freitag den 28. Februar abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 im Restaurant Kamerun, Plagwitz, Ronnenstraße.
 Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Notwendigkeit der Parteiprogramme. Referent: **Wanfred Wittich**. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Matinee.
Der Vorstand. [1822]

Schmiede.

Sonnabend den 1. März abends 1/2 9 Uhr
Große öffentliche Versammlung
 in der Flora, Windmühlenstraße.
 Tagesordnung: 1. Die Rechtsbelehrung des Volkes. Referent: Reichstagsabgeordneter **Thiele-Halle**. 2. Vorträge der Schmiede-Verband, auch den älteren Kollegen, wirtschaftliche Vorteile? Referent: Centralvorsitzender **Fr. Lange-Hamburg**. 3. Diskussion hierzu. [1818]

Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Leipzigs.

Freitag den 28. Februar abends 1/2 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
 im Coburger Hof, Windmühlenstraße.
 Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Krise und das Handelsgewerbe. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Adolf Thiele**. 2. Gewerkschaftliches und Diskussion. [1808]

Textilarbeiter!

Freitag den 28. Februar abends punkt 1/2 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
 der Färber und in Färbereien beschäftigten Hilfsarbeiter im Restaurant Emil Weißer, Lindenau, Karl Heine-Straße 70, gegenüber dem Strahlenbahn-Depot.
 Tagesordnung: 1. Unsere Lage im allgemeinen. 2. Wie sind die Färber organisiert? 3. Gewerkschaftliches. [1811]

Sonnabend den 1. März abends punkt 1/2 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
 der Weber und in Webereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Restaurant Stadt Mühen, Lindenau, Mühlener Straße.
 Tagesordnung: 1. Die Textilarbeiterbewegung im Vogtlande. 2. Unsere eigene Lage. 3. Gewerkschaftliches. — Kollegen und Kolleginnen! Werdet Euch Eurer Lage bewusst und erscheint vollständig in obigen Versammlungen.
Das Komitee.

Heute Donnerstag den 27. Februar abends 1/2 9 Uhr

Grosser öffentlicher Demonstrations-Vortrag

mit Lichtbildern über Lungenschwindsucht
im Felsenkeller, L.-Plagwitz.
 Eintritt frei für jedermann!
Sonntag den 2. März
 Besichtigung des Zoologischen Instituts.
 Abmarsch 1/2 2 Uhr vom Felsenkeller.
Sonnabend den 8. März
Grosser Humor-Abend
 verbunden mit humoristischen Aufführungen.
 Eintritt und Ball frei! (Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.) **Der Vorstand.**

Naturheilverein Reform, Leipzig-West.

Freitag den 28. Februar abends 1/2 9 Uhr
 im großen Saale des Felsenkellers
Großer Demonstrations-Lichtbilder-Vortrag
 erläutert an überlebensgroßen Bildern.
 Ein Blick in das Innere des Menschen, wie er aussieht und aussehen sollte.
 Referent: Redakteur **Max König aus Hannover.** [1834]
 Gäste willkommen. Mitglieder frei. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Männerchor Leipzig

Sonnabend den 1. März
Lieder-Abend
 im Pantheon, Dresdener Str. 20
 verbunden mit KONZERT der Freien Musikervereinigung.
 Nach dem Konzert **BALL.** [1685]
 Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.
 Verkaufsstellen: Bürgergarten (Brüderstrasse) und Pantheon.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest
 von früh 1/2 7 Uhr an Weißkette.
E. Vettors, Läubchenweg 16.

Int. Speisehaus. Lind., Gieselerstr. 2.
 mittl. Suppe 30 Pfg., 6 Speisem. 1.70 Mk.
Verantwortlicher Redakteur: Fritz Eger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen aller Systeme
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.
 (Frühere Firma: G. Neidlinger)
Leipzig, Augustusplatz 1.
 Größtes und ältestes [6389] Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.
 Auf der Pariser Weltausstellung wurde den **Original-Singer-Maschinen** der **Grand Prix**, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!
 Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen „Singer“ ausgetobenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Ein Brot umsonst

ob. 10 Pfd. Kartoffeln od. 2 Pfd. Mehl od. 2 Pfd. Quark od. 2 Pfd. Milch od. 3 Pfd. Buttermilch od. 1/2 Mdl. Eier od. 3 Flaschen Bier bei Einkauf von 1 Pfd. Mohra-Butterfett (Pfd. 1 Mk.) bei **Hechts Molk., Rausch, Steinweg 26.**



Gartengeräte.

Sägen, Beile, Hobel Wasserwagen. Spitz- u. Radehacken. Schaufeln und Spaten. Verz. Drahtgeflechte. Werkzeuge für Maurer Zimmerer, Tischler, Schlosser.

Möbel- und Baubeschläge.

Alwin Richter

Eisenwarenhandlung
 Reudnitz, Dresdener Str. 37
 nahe am Rathaus. [791]

R. Schaarschmidt

Plagwitz, Karl Heine-Str. 59
 empfiehlt sein [1600] großes Uhren- und Goldwaren-Lager zu Konfirmationsgeschenken. Schriftl. Garantie. — Billige Preise.

Damenbinden

Empfehle meine Gummifäden für Massage, Wachen- und Krankenpflege. [8110] Glycerin-Augenohel. Goldfäden für zahnende Kinder. Preisliste 30 Pfg. Frau **Auguste Graf, Nicolaisstraße 4.**

Für Frauenleiden

J. H. Gossmann [1422] Leipzig-Lindenau, Josephstraße 34.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Vor kurzem erschienen:
Paul Göhre
Vom Sozialismus zum Liberalismus.
 Wandlungen der Nationalsozialen. Preis 75 s. Agitations-Ausgabe 20 s.

Dr. Eugen Losinsky
Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?
 Die vierte christliche Kulturgeschichte über das Christentum. Preis 20 s.

Georg Bernhard
Krach — Krisis und die Arbeiterklasse.
 Preis 20 s. Agitations-Ausgabe 15 s.

Täglich Frische Seefische

empfehlen
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 Reichsstrasse 25.
 605]

Sofort darauf zu warten.
 Herrensohlen u. Absatzleder v. 1.10 an
 Damensohlen u. Absatzleder v. 1.50 an
 Kindersohlen u. Absatzleder v. 0.80—1.50
 Filzerei, Schuhveränd. schnell, gut, billig
 Gummizüge 1 A.
Wünnigstraße 7.
 Dampf Schnellsohlerei

Buchhandlung Arth. Gasch
 jetzt Burgstr. 25 (neben b. Thür. Hof).
 Reich ausgestattetes Lager
billiger Geschenklitteratur
 Postkarten-Albums etc.
 zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Ditom. 25, Pottst. in Matr. 16 A.
 Schräule, Vertiko billig. Burgstr. 9, 1.

V. J. ein 9999 mal donnerndes Hoch zu seinem Geburtstag. R. St.
 Massauer Otto soll leben.
 Die Fusarenmanöver.

Den Oberbeamten herzlichste Gratulation.
 Karl Böhm in Kaufen die besten Wünsche zum Geburtstag. C. B., U. B.

H. D. Lang gratul. wir zum Geburtstag. Es giebt do'n hoffentlich etwas Kaffee?
 Auf. Lieb. Freunde E. Jentsch zu f. Burzel-feste ein do'n Hoch! Die Wauerndügel.

Monatsgarderobe.
J. Kindermann, Salzgäßchen 9.
 am Markt u. Rathaus.
 Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinsten Winter- u. Paletots, komplette Anzüge, alle Jacqons u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch selbstweife.

Cigarren, Cigaretten
 und Tabak empfiehlt
E. Kriebler, 2. Plagwitz
 Schönerfelder Straße 50.
 NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.
 Neue u. geb. Möbel verkauft billig
Lindenau, Mühlener Str. 22, I. r.

Ein kräftiger Proletarier angekommen. Dies zeigen an Robert Reich u. Frau.
 Frau Groß soll leben, Ihr Prinz und Gatte daneben. Kate mal.
 Für die wertvollen Geschenke und Gratulationen, welche uns anlässlich unserer Silbernen Hochzeit dargebracht wurden, sagen wir allen Freunden, Verwandten und Genossen, sowie dem Fortbildungsverein L.-West und der Sängervereinigung für das uns gebrachte Ständchen herzlichsten Dank.
Sermann Wittich und Frau.

Mittwoch früh 6 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden im Alter von 35 Jahren 5 Monaten 5 Tagen mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater
Friedrich Robert Heinker.
 Tiefbetrubt zeigt dies an
 Klara verw. Heinker geb. Ziesler nebst 5 unerzogenen Kindern. [1899]

Heute morgen verschied nach längerem Leiden unser Lagerhalter

Robert Heinker.
 Wir verlieren an dem Verstorbenen einen treuen und liebenswürdigen Beamten, dem wir jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren werden.
 L.-Connowitz, den 26. Februar 1902.
 Die Verwaltung
 des Konsum-Vereins L.-Connowitz u. Umg. [1825]

Lagerhalter, Bezirk Leipzig.

Mittwoch früh 6 Uhr verschied unser Kollege
Robert Heinker
 Lagerhalter des Konsum-Vereins L.-Connowitz und Amgegend nach längerem Krankenlager im 36. Lebensjahre.
 Seine Anhänglichkeit an den Verband sichert ihm ein treues Andenken.
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle in Döblich aus statt, wozu sich die Kollegen nachmittags 1 Uhr im Restaurant zur Hopfenblüte in Döblich treffen.
Der Vertrauensmann. [1829]

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch den 26. Februar verschied nach langer Krankheit unser Genosse, der Lagerhalter
Robert Heinker
 im Alter von 35 1/2 Jahren. [1826]
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Parteigenossen des Süd-Bezirks.
 Die Genossen treffen sich zum letzten Geleite Sonntag nachmittags 1 Uhr im Gasthof zur Linde, Döblich.

Todes-Anzeige.

Mittwoch früh 6 Uhr verschied unser früherer verbiedter Obmann und Mitbegründer des Vereins Vorwärts L.-Süd
Robert Heinker
 im Alter von 35 1/2 Jahren nach längerem Leiden an der Proletarierkrankheit.
 Seine Aufopferung und langjährige Thätigkeit sichern ihm ein ehrendes Andenken. [1827]
Die Sängervereinigung vom Verein Vorwärts L.-Süd.

Den Genossen von Schkenditz und Umgegend die traurige Nachricht, dass unser Mitglied, der Werkführer

Gustav Schumann
 verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag 4 Uhr statt.
Sozialdemokr. Verein des Wahlkreises Marseburg-Querfurt.
Distrikt Schkenditz. [1821]

Der Krieg in Südafrika.

Ein britischer Konvoi weggenommen.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 21. Februar: Ein leerer Konvoi von Bondonops Abteilung wurde bei Molmaranstad, ungefähr 10 Meilen südwestlich von Mersbop angegriffen und nach heftigem Kampfe weggenommen. Die Eskorte bestand aus dem 5. Bataillon Yeomanry, drei Compagnien Northumberland-Füsilieren und 2 Geschützen. Einzelheiten liegen noch nicht vor. Die Büren kamen offenbar aus erheblicher Entfernung, die Verfolgung ist aufgenommen.

Ein Durchbruchversuch der Büren.

Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria vom 23. Febr.: Die Oberst Wynng berichtet, versuchten 600 Büren vom Süden, die eine Herde Vieh vor sich hertrieben, am 23. Februar des Nachts auf der rechten Seite der Vorposten Wynngs genau in der Richtung auf Voithasberg durchzubrechen, wo Wynng Fühlung mit Rimingtons linker Flanke hat. Einer Anzahl von Büren gelang der Durchbruch, nachdem sie alles zurückgelassen hatten. Die Neuseeländer zeigten die größte Tapferkeit. In unmittelbarer Nähe des Schlachtfeldes lichen die Büren 15 Tote und sechs verwundete zurück.

Weiter wird berichtet: Die Büren werden auf 600-800 geschätzt und waren unter Alberts, Noh, den beiden Vothas und einigen Transvaalern. Den Hauptstoß hatten die Neuseeländer auszuhalten. Sie kämpften mit größter Tapferkeit, traten den Büren erfolgreich entgegen, erlitten aber schwere Verluste. Die Büren verloren 15 Tote und 6 Gefangene. 70 Pferde wurden getötet, 100 Pferde und 6000 Stück Vieh erbeutet.

Die britischen Verluste sind nicht angegeben, obwohl diese wohl leichter festzustellen wären als die der Büren.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

Internationale Konferenz für Arbeiterunfallversicherung. Aus Düsseldorf wird gemeldet: In der Zeit vom 17. bis 21. Juni wird hier die internationale Konferenz für Arbeiterunfallversicherung abgehalten. An der Spitze des Agitationskomitees steht Dr. Bödicker-Berlin.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Industriellen und die Steuerreform. In einer Versammlung des Verbandes sächsischer Industrieller in Dresden sprachen die Herren Dr. Gustav Stresemann-Dresden und Handelskammerpräsident Schulze über "Die drohende Belastung der sächsischen Industrie durch die geplanten Steuererhöhungen". Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die aus allen Teilen Sachsens zahlreich ersuchte Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller beauftragt ihren Vorstand, nach wie vor mit aller Umsicht an den zuständigen Stellen gegen die bei der Forderung und Erhöhung der sächsischen Steuern geplante Verschiebung der Steuerlast zu Gunsten des Grundbesitzes und zu Ungunsten von Industrie und Handel, sowie gegen die vermehrte Belastung der Industriellen und Kaufleute bei dem Veranlagungsverfahren zu diesen Steuern vorzugehen, zu werden und die Ständeverammlung zu bitten, die Vermögenssteuer abzuschneiden. Ebenso spricht sich die Versammlung entschieden dagegen aus, daß die Gemeinden, wie die Staatsregierung plant, von der Gesetzgebung veranlaßt werden, eine besondere Gewerbesteuer für die Deckung eines großen Teiles der Gemeindebedürfnisse zu erheben. Die Versammlung beauftragt ihren Vorstand, auch hiergegen Einspruch zu erheben.

Da auch die Agrarier die tragfähigen Schultern nicht sein wollen, denen man ein Mehr von neuen Steuern zumuten kann, so bleiben eben nur die Arbeiter, denen man neue Lasten aufbürden kann.

Bekanntlich hat auch kürzlich in Chemnitz eine Versammlung von Vertretern der sächsischen Handelskammern eine ähnliche Resolution angenommen, wie sie der Bund der sächsischen Industriellen beschlossen hat.

Wieder ein neues Kommunalwahlrecht! Das Städtchen Hartha war nach Leipzig wohl die erste Stadt, die das allgemeine Kommunalwahlrecht in ein Klassenwahlrecht umänderte.

Zu der dritten Wählerklasse hatten unsere Genossen von Anfang an guten Erfolg. Bei den letzten Wahlen aber, die unter der Devise: "Gegen das Klassenwahlrecht" vorgenommen wurden, gelang es ihnen auch, in der zweiten Abteilung Erfolge zu erzielen. Dieser Erfolg ist ganz begreiflich, wenn man z. B. bedenkt, daß bei der letzten Reichstagswahlwahl in Hartha für unsere Genossen Grünberg ziemlich 900 Stimmen abgegeben wurden, während die Gegner zusammen nur etwas über 200 Stimmen für sich zählten. Nun wird es den Ordnungsheld in Hartha auch unter der Herrschaft des Klassenwahlrechts ungemächlich. Sie benutzen deshalb einen Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, das alte Wahlrecht wiederherzustellen, um ein neues, noch weiter verschlechtertes Wahlrecht durchzubrühen. Unter dem kommunalen Dreiklassenwahlrecht wählt bekanntlich jede Klasse ihre eigenen Vertreter direkt, so daß den Arbeitern also mindestens in der dritten Klasse ein Erfolg verbürgt ist. Das neue Harthner Wahlgesetz soll nun dem Landtagswahlgesetz ziemlich ähnlich sein, bei dem die Wahlmänner der drei Klassen zusammen den Vertreter wählen, eine Methode, bei der der Einfluß der dritten Klasse völlig erdrückt wird.

Näheres ist über das neue Wahlgesetz noch nicht bekannt geworden, weil unsere Parteigenossen wegen der eigentümlichen Geschäftsführung des Vorsitzenden des Kollegiums, des Bürgermeisters Kinkel, die betreffende Sitzung unter Protest verließen. Als nämlich unsere Genossen den Antrag auf Abänderung des Wahlrechts gestellt hatten, kam er den Gegnern zu überrascht, und diese setzten deshalb die Vertagung durch. In der nächsten Sitzung erschienen die Gegner mit einem Gegenantrag. Den sozialdemokratischen Antrag begrüßten unsere Genossen; Gegner nahmen nicht das Wort. Darauf wurde der Antrag abgelehnt. Nun sollte der zweite Antrag, da vorher ausdrücklich beschlossen, über beide Anträge getrennt zu verhandeln und abzustimmen, zur Beratung kommen. Als unsere Genossen zur Aussprache das Wort erbaten, wurde es ihnen verweigert. Es sollte sofort, also ohne Debatte, über den Antrag abgestimmt werden. Da aller Protest nichts half, verließen unsere Genossen den Sitzungssaal. Als sie tags darauf das Protokoll einsehen, mußten sie die Bemerkung machen, daß sie, obgleich sie gar nicht bei der Abstimmung zugegen waren, doch an der Abstimmung teilgenommen haben und gegen den Antrag gestimmt haben sollten. Eine Beschwerde gegen diese Handhabung der Geschäfte und die Protokollführung bei der Amtshauptmannschaft und der Kreisshauptmannschaft war ergebnislos.

Fast die ganze Bürgerschaft ist über das neue Wahlrecht im unklaren. Seltner behaupten sogar, daß ordnungsparteiliche Stadtväter, die für den Antrag gestimmt haben, sich selbst noch nicht recht darüber im klaren sein sollen. Infolgedessen beantragten unsere Vertreter, diesen Punkt noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen und darüber zu verhandeln. Jedoch ohne Erfolg. Durch ein solches Vorgehen der "Ordnungs"männer wird natürlich die Unzufriedenheit nur immer mehr gesteigert. Der Ausfall der letzten Reichstagswahl sollte ihnen doch eine Lehre sein.

Kein Gewerbechiedsgericht. Schon zu verschiedenen malen sind die Arbeiter organisierter Arbeiter beim Stadtrat dahingehend vorstellig geworden, ein Gewerbechiedsgericht ins Leben zu rufen und stets hatten sie einen abschlägigen Bescheid erhalten. In letzter Zeit hatte sich nun das Gewerkschaftsamt nochmals petitionierend an den Stadtrat mit demselben Ersuchen gewandt und hervorgehoben, daß für einen Industriort wie Verdau ein Gewerbechiedsgericht unumgänglich notwendig sei. Niermals erhielten die Gewerkschaftler einen abschlägigen Bescheid, da, wie der Stadtrat meinte, auch jetzt noch kein Bedürfnis für ein derartiges Institut vorhanden sei. Es ist wahrhaftig merkwürdig, wie der Stadtrat behaupten kann, es läge für Verdau kein Bedürfnis für ein Gewerbechiedsgericht vor! Verdau ist ein Industriort von über 19 000 Einwohner und Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sind oft zu verzeichnen. Offensichtlich nimmt Verdau bald an Einwohnerzahl zu, so daß es bald 20 000 bekommt, und dann muß wohl überdies der Stadtrat in den für ihn jedenfalls etwas lauren Spiel beigen und einer Errichtung eines Gewerbechiedsgerichts zustimmen.

Lage Fleischschau. Daß trotz aller Gesetze und Verordnungen über die Fleischschau diese in einzelnen Fällen in einer sehr laxen Weise gehandhabt wird, zeigt die Chem-

nitzer Volksstimme durch die Schilderung eines Vorganges, der sich in Oberwiesenthal zutrug. Der dortige Trichinenschauer M. hat sich wegen dieses Falles beschwerdeführend an die Schlachtviehversicherung und später auch an die Amtshauptmannschaft gewandt. In jener Beschwerdeschrift führt der Mann u. a. folgendes aus: Der Gartengrundstücksbesitzer N. in Oberwiesenthal ließ am 21. September 1901 eine Kuh schlachten, die tags darauf verstorben und am 23. September verpfundet worden ist. Das Tier sei aber am Abend des 21. September verendet, war also nicht versicherungsberechtigt, noch weniger konnte das Fleisch, da von einem verendeten Tier herrührend, verpfundet, also zur menschlichen Nahrung frei gegeben werden. Der Besitzer des Tieres ließ am fraglichen 21. September den Fleischbeschauper N. U. rufen. Als dieser die Kuh besichtigt hatte, soll er im Beisein des Gartengrundstücksbesitzers E. P. geäußert haben: "Die Kuh ist doch verendet, wie könnt ihr nur die Kuh verenden lassen?" Trotzdem nun der Fleischbeschauper, wie seine Worte beweisen, wußte, daß die Kuh verendet war, hat er diese abgetöschelt, so daß der hinzugeholte Beschwerdeführer S. C. W., der als Fleischer die Ausschachtung besorgen sollte, in den Glauben versetzt wurde, es handle sich um ein ordnungsgemäß abgetöscheltes Stück Schlachtvieh. Auch der Fleischer E. P., der zufällig mit zugegen war, hatte vorher noch ein zweites Mal das Tier gestochen. Beim Ausschachten fand nun der Beschwerdeführer, daß eine Verätzung des Schädels (Gehirns) nicht vorlag, außerdem quoll beim Abtrennen der Haut das Blut aus dem Fleisch. Dadurch gewann der Beschwerdeführer die Ueberzeugung, daß das Tier nicht getötet wurde, sondern verendet war. Er äußerte deshalb zu dem mitanwesenden Fleischer E. P.: "Das Tier muß doch verendet sein!" Dieser Ansicht stimmte E. P. zu. Der Fleischbeschauper N. U. hat, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, der Ausschachtung beigewohnt, ohne sich irgendwie zu äußern. Der Fleischer E. P., der selbst die Ansicht vertrat, daß das Tier verendet sein müsse, hat die Verpfundung übernommen.

Dies die Schilderung in der Beschwerde, in der der Verfasser um eine Untersuchung des Falles und um vorbedingende Maßnahmen ersucht. Er fragt mit Recht: "Was soll eine Fleischschau, wenn sie in solcher Weise ausgeübt wird?"

Die Amtshauptmannschaft Chemnitz hat nun folgendes auf die Beschwerde erwidert: "Die von hier aus sowie von der königl. Staatsanwaltschaft angestellten Erörterungen haben ergeben, daß hinsichtlich der Tötung und des Verkaufs der Kuh des Gutsbesitzers N. ein vorläufiges oder strafbares Verschulden N. nicht vorliegt."

Es mag sein, daß die Feststellung des Thatbestandes nachträglich, d. h. nachdem alle Beweismittel beseitigt waren, nicht mehr möglich war. Die Behauptungen des Beschwerdeführers erscheinen aber dadurch in keiner Weise erschüttert. Die Amtshauptmannschaft behauptet auch nicht, daß sie falsch seien. Die Chemnitzer Volksstimme bemerkt dazu: Wir unterlassen es, mit der Kritik einzusetzen. Aber die Veröffentlichung selbst hielten wir für unsere Pflicht, ungeachtet der amtshauptmannschaftlichen Mitteilung an den Beschwerdeführer.

Auerbach i. S., 27. Februar. Wie die Chemnitzer Allgemeine Zeitung von hier berichtet, kann zur Inspektion des früheren Verwaltungswesens das Faktum mitgeteilt werden, daß man neulich bei einer Inspizierung in den ungebrauchten Räumen der neuen Centralschule einen neuen Parquetsubstrat bezug, das Material hierzu vorgefunden hat, das mit 1300 Mk. in Rechnung stand. Das Material kam in Vergessenheit und hat infolge der Lagerung jetzt nur etwa 30-40 Mk. Feuerungswert! Man wird unwillkürlich zu der Frage gedrängt: Wo und wer waren denn die Nebeloren? Ist es der Oberbehörde niemals eingefallen, den Bau und die Leitung zu inspizieren? Jährlich, man ist ja in Auerbach an manches gewöhnt worden, allein das übersteigt denn doch fast alles bisher Dagewesene! Wer garantiert denn jetzt den Auerbacher Steuerzahlern, daß auch wirklich alle die Posten, die für ähnliche Zwecke vorgesehen waren, auch ausgeführt sind?

Böhmitz i. G., 27. Februar. Am letzten Sonntag tagte hier eine Parteiversammlung für den 19. sächsischen Wahlkreis, die sich unter anderem auch mit der Landtagskonferenz beschäftigte.

Kleine Chronik.

Leipzig, 27. Februar.

Theaternachrichten. Am Donnerstag wird im Neuen Theater das neue Drama von Otto Ernst: Die größte Sünde, wiederholt.

Am Freitag gelangt im Neuen Theater Oberon mit Frau Helge Greiff-Andriessen als Regia zur Aufführung. — Im Alten Theater wird Alt-Geldberg wiederholt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater die beiden preisgekrönten einaktigen Schauspiele Ein Sonnenstrahl und Ein Auswärtiger. Es folgt in neuer Einstudierung Ernst Wichers Lustspiel Post postum. — Im Alten Theater ist für Sonnabend die Liebermanns angelegt.

Im Carolatheater beginnt Sonnabend Freiherr E. von Wollogens Buntes Theater sein vier Abende umfassendes Gastspiel. Der Vorverkauf zu den Aufführungen desselben beginnt bereits am heutigen Donnerstag an der Tageskasse des Neuen Theaters von 10 bis 8 Uhr.

Gastspiel des Herrn Sydow vom Stadttheater in Wetzlar. Herr Sydow wird voraussichtlich wieder hingehen, woher er gekommen ist. Seine Unbrauchbarkeit bewies er schon am Montag als Karl Helrich in Alt-Geldberg.

Er ist so unerfährig, daß höchstens der Leiter einer Theaterschule mit einiger Bestimmtheit entscheiden könnte, ob er überhaupt ein entwicklungsfähiges Talent besitzt. Herr Sydow hat ein Gesicht vom englischen Schnitt (wenn Herr Hesse ihn sieht, wird er gewiß im Nachhinein eine Rede über die Engländer in Sachsen-Karlshaus halten), aber Aristokratisches hat er gar nichts an sich. Es muß gestanden werden, daß der Darsteller des Karl Heinz eine sehr komplizierte Aufgabe hat. Er soll den sprunghaften Entwicklungsgang eines unter ganz außerordentlichen Umständen herangewachsenen jungen Menschen in glaubhafter Weise zur Darstellung bringen. Herr Festsel konnte das. Ihm dürfte man glauben, daß die tolle Jagd nach geflügeltem Vergnügen, in die sich der junge Heinz stürzt, nur die eine Seite eines einseitigen Wesens sei. Herr Sydow ist aber vom vierten Akt ab wirklich ein ganz anderer, womit er sich freilich das Verdienst erwirbt, die Albernheit seiner vom Dichter vorgeschriebenen Aufgabe in das hellste Licht zu rücken. Da empfindet man deutlich, daß eine solche Entwicklung unter den gegebenen Umständen ganz unmöglich ist. In dem Welt-

lauf nach der tollsten Unnatur schlägt hier der Darsteller den Dichter.

Herr Sydow erntete nur sehr geringen Beifall. Das Haus war so gut wie ausverkauft. Maria Magdalena spielt man nicht mehr. O ewiger Hund des Auber!

Am Dienstag passierte der junge Görtzer Schauspieler als Rudenz im Teil die zweite Station seiner Leidenspilgerfahrt. Das Publikum that etwas, was es sonst fast nie thut: Es riefte den armen jungen Mann einfach aus. Der Eindruck seiner großen Scene mit Vertha war denn auch einfach niederstürmend. Umsonst suchte Fräulein Laue in lebenswärtig-kollektaler Weise ihrem Partner zu helfen, indem sie noch schlechter spielte als er. Wenn Fräulein Laue heidenhaft sein will, so schreit sie immer das letzte Wort des Verses ohne Rücksicht auf den Sinn wie eine Besessene ins Publikum hinein. Statt "Und eine Freiheit macht uns alle frei" sagt sie: Und eine Freiheit macht uns alle frei, wobei sie den Ton von frei wie eine Koloraturfängerin anhängt. Kann denn so etwas nicht strafgesetzlich verboten werden?

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 24. Februar geschrieben: Ueber den Bassern, ein dreiaktiges Drama von Georg Engel, ist im Lessingtheater unter lautem Beifall in Scene gegangen.

Die Gemeinde des weltverlassenen Fischerdorfes Steinloch auf dem Darf hat einen neuen Pfarrer bekommen. Der alte, der dort dreißig Jahre wirkte, ist auf Beschluß des Konsistoriums seines Amtes entbunden worden, da er einen sündhaften Lebenswandel geführt und seine Gemeinde zu einem Pfuhl der Hölle gemacht hatte. Das schlimmste der Steinlöcher Sumpfhühner ist Stine Kos, die Dorfbirne. Der neue Seelforger ist eingetroffen und zeigt sich als ein strenger Eiferer, der die Fischer mit der Peitsche in die Kirche treiben will und ihr zu Stine auspeist. Die Gemeinde, die gewohnt war, mit ihrem alpru leutseligen Geistlichen Schulter an Schulter im Dorfstrug Schnaps zu trinken und ihre Weiber mit ihm zu teilen, seufzt zwar unter der Fuchtel des neuen Birten, hat aber doch die dumpfe Empfindung, daß dieser fanatische Jüngling zu großen Thaten berufen sei. Da bricht eine Sturmflut los, das Dorf wird vom Festlande getrennt und die Hütten am Strande geraten in Gefahr. Der neue Pfarrer Holm ist tüchtig am Werke, mit Hilfe der Fischer einen festen Damm gegen die Wogen zu schaffen. Es gelingt ihm scheinbar. Aber als er sich einem frohen Triumphgefühl hin-

gibt und sich selbst mit dem schlingenden Walle vergleicht, da zerbricht eine mächtige Woge den Damm und in wenigen Augenblicken ist das ganze Dorf mit allen Bewohnern vom Meere verschlungen. Nur die beiden Pastoren, eine alte Hauswallerin, der Küster und Stine Kos sind gerettet. Das Pfarrhaus und die Kirche, die auf einer Anhöhe liegen, gewähren ihnen Unterkunft. Aber die Flut steigt immer höher, und da Hilfe vom Festlande bei dem starken Seegange nicht zu erhoffen ist, droht auch den wenigen Ueberlebenden der Untergang. Der alte Pfarrer, dessen beschauflicher Leichsinn durch eitle Gewissensbisse gestört wird, ermahnt den verzweifelnden Amtsbruder, in letzter Stunde ein gutes Werk zu thun und die Seele der rucklosen Stine Kos zu retten. Nach längerem Sträuben überwindet der junge Zelot seinen moralischen Ekel und wendet sich der Verlorenen zu. In dem Herzen dieses merkwürdigen Mädchens ist aber während der Stunden, die es im Pfarrhaus zugebracht hat, bereits eine besessene Umwandlung vor sich gegangen. Die diabolische Bestocktheit und der wilde Haß gegen den Pfarrer, der sie vor allem Volk beschimpft und ihrer jüngst verstorbenen Mutter das kirchliche Begräbniß verweigert hat, sind vor der überwältigenden Persönlichkeit des blondgelockten Gottesmannes wie Wachs geschmolzen und die rucklose Dirne bequemt sich zu einer unsfassenden Weichte ihrer Schandthaten und zu demütiger Reue. Dolm giebt ihr den Rat, da sie sich an der Liebe veründigt habe, nunmehr ihre Schuld auch durch Liebe zu löshen. In Worten der Nächstenliebe und Barmherzigkeit solle sie, falls der Herr sie jetzt vom Tode erretten wolle, ihr ferneres Leben zubringen und in diesem Wirken einst seßlich in den Tod gehen. Ein Boot zeigt sich in der Nähe, herrenlos treibt es auf den Wellen umher. Es könnte Rettung bringen, wenn jemand es wagte, sich seiner zu bemächtigen. Der junge Pfarrer, der von Hunger und Müdigkeit erschöpft niedergesunken ist, bebt die Kraft nicht mehr. Da entschießt sich Stine zu der That. Sie springt sich in das Wasser, wird aber, bevor sie das Boot erreicht hat, an den Klippen zerstückert. In demselben Augenblicke naht Hilfe: Die Fischer vom Festlande kommen herübergefahren, um die in der Kirche Eingeschlossenen zu befreien. Der junge Geistliche aber zieht aus dem Erlebnis die Lehre, daß man nicht gar zu streng sein müsse.

Das Drama ist ein Melder. Mit außerordentlichem technischen Raffinement aufgebaut, täuscht es leicht über seine innere Gohtheit und Unwahrscheinlichkeit hinweg. Die künstlich überhöhte Hand-

Als Delegierte wurden die Genossen Gottwald, Böhm und Demmler-Geyer gewählt. In der Diskussion spielte die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen eine Rolle; die große Mehrheit der Diskussionsredner trat entschieden für Wahlbeteiligung ein. In der Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß sich Genosse Seifert-Zwidan, der gegenwärtige Abgeordnete des Kreises, bereit erklärt habe, für die nächste Reichstagswahl wieder die Kandidatur zu übernehmen.

Neue Nachrichten aus dem Lande. Die Stadtverordneten in Freiberg beschloßen, die an der Bürgerchule bestehende einjährige Sektia in eine zweijährige Beamtenchule zu verwandeln. In einem Restaurant in Dresden erschien dieser Tage ein Mädchen in Begleitung eines etwa zwanzig Jahre alten Menschen. Als dieser für einen Augenblick das Zimmer verließ, teilte das Mädchen rasch dem Wirte mit, daß ihr Begleiter mit einem Komolzen beabsichtige, eine in der Nähe wohnende Altwarenhändlerin zu ermorden, wobei sie habe mithelfen sollen. Der Wirt sandte sofort zur Polizei, so daß es möglich war, den Vurschen festzunehmen; auch der Spießgeselle konnte, als er bald darauf nach seinem Genossen fragte, dingfest gemacht werden. Die jungen Menschen, die übrigens ganz ehrbaren Familien entstammen sollen, trugen sich schon seit drei Tagen mit dem Plane zu dem Verbrechen. In Dresden sprang ein irkünstig geworbener Arbeiter aus seiner in der vierten Etage eines Hauses der Meißnerstraße gelegenen Wohnung in den Hof hinab und wurde tot hinweggetragen. Der Hilfsmaschinenmeister Nöholz verunglückte in vergangener Nacht auf dem Brückenbergschachte I dadurch, daß er das Lager der Treibmaschine auf das Warmlaufen untersuchte, wobei er von der Kurbel der Maschine erfaßt, ihm das Gesicht gebrochen und verschiedene Gliedmaßen gebrochen wurden. Er starb bald nach dem Unglück.

h. Gera, 27. Februar. Der 29. deutsche Gastwirtstag wird vom 16. bis 19. Juni d. J. hier abgehalten werden.

s. b. Halle, 26. Februar. (Privattelegramm.) Schaffers Bureau meldet: Die große, erst im Vorjahr neu erbaute Stärkefabrik Amthor u. Co. wurde heute morgen durch ein verheerendes Großfeuer eingeleert. Der Schaden ist sehr enorm und beträgt mehrere 100 000 Mk. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Halle a. S., 26. Februar. Von einem Schurkenstreich berichtet das heutige Volksblatt: Ein zur Zeit hier bei seinen Eltern lebender Ingenieur erhielt neulich einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, der Magistrat beabsichtige die Errichtung einer neuen Beamtenstelle beim Bauamt, und er sei dazu aufzufordern, die Stellung zu bekleiden. Er möge nur am Abend nach dem Ratstafel kommen, wo nach Beendigung der Sitzung von den Stadtverordneten noch ein Glas Bier gemeinsam getrunken würde. Dabei möge er sich ein wenig spleenid erweisen, was ihm nicht zum Schaden gereichen würde. Im übrigen möge er seinen Herrn Vater grüßen, der dem Schreiber des Briefes als lieber Freund gut bekannt sei. Unterzeichnet war der Brief: „Thiele, Medaillen und Stadtverordneter.“ Zum Glück fiel der Empfänger des Briefes auf die Mystifikation nicht herein, sondern nahm persönlich mit dem angeblichen Briefschreiber über die Sache Rücksprache. Dabei stellte sich nämlich heraus, daß ein ganz nichtsuhiger Namensmißbrauch vorliegt.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 25. Februar.

Wegen betrügerischen Bankrotts, Meineids und Betrugs bezw. Beihilfe dazu hatten sich der aus Regau gebürtige, in Connewitz wohnhafte Handlungsreisende Ludwig Franz Schöne sowie seine Ehefrau Marie Elisabeth Schöne geb. Schulze zu verantworten. Vor seiner Verheiratung war Schöne schon in sehr mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, denn seine Tätigkeit als Provisionsreisender brachte ihm nur ein geringes Einkommen; nebenbei machte er noch Geschäfte in Margarine. Vor seiner Verheiratung — die Ehe wurde am 4. April 1900 geschlossen — ließ sich Sch. von seiner Braut das Sparkassenbuch mit 200 Mk. Einlage, ein Erbteil von ihrem Vater, als Darlehen geben. Um dieses erhalten zu können, wurde dem Vormundschaftsgerichte vorgezeigt, es sollten Möbel zur Verheiratung angeschafft werden. Sch. bezahlte damit seine Schulden und gab erst später auf Verlangen seiner Braut 117 Mk. auf die Summe wieder zurück. Im März 1900 kam die Sch. zu dem Möbelhändler F. in Connewitz und suchte für 800 Mk. Möbel aus und sagte diesem, daß sie bei der Lieferung bezahlt würden, da sie 1000 Mk. bekäme. In der heutigen Verhandlung giebt die Sch. an, daß ein Agent ihr diese Summe als Darlehen hätte verschaffen wollen, es aber dann nicht gethan habe. F., als vorfichtiger Geschäftsmann, hatte vor Auslieferung der Möbel die quittierte Rechnung vorgelegt, und da mußte die Sch. schließlich erklären, daß sie kein Geld habe. Im Mai 1900 kaufte dann Sch. bei F. für etwa 300 Mk. Möbel und als er im Oktober in immer größere Bedrängnis geriet und Pfändungen voraus sah, ging er zu F. und bat ihn unter

dem Vorwande, daß die Möbel damals für seine Frau gekauft worden seien, ihm eine neue Rechnung auf den Namen seiner Frau auszustellen, was dieser auch that; dabei wurde die Rechnung aber auf den 1. April 1900 zurückdatiert. Die Uebergabe der Möbel als Eigentum an seine Frau bewerkstelligte Sch. in der Weise, daß er zu ihr sagte, als er die Rechnung hatte: Die Möbel sind jetzt Dein! Als die erwartete Pfändung am 27. November eintraf, erklärte Sch. dem Gerichtsvollzieher, daß die Möbel seiner Frau seien, was diese bestätigte. Der Gerichtsvollzieher pfändete aber trotzdem; aber auf Reklamation der Frau Sch. mußten die Sachen von den Gläubigern Sch. freigegeben werden. Da Sch. nun zum Offenbarungseid getrieben wurde und zum Termin nicht erschien, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Trotz dieser ungünstigen Vermögensverhältnisse hatte Sch. in dieser Zeit in der F.schen Möbelhandlung eine Plüschgarnitur gekauft und seiner Frau geschenkt. Bei der Leistung des Offenbarungseides am 4. April 1901 hat Sch. nun die Möbel und die zuletzt gekaufte Plüschgarnitur nicht in sein Vermögensverzeichnis mit aufgenommen; auch verschwieg er Forderungen, die er an seine Frau abgetreten hatte; hauptsächlich kommt es auf eine solche von 8.60 Mk. an. Für den Kaufmann B. war Sch. früher Provisionsreisender gewesen und hatte mit diesem einen Vertrag gemacht, innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Weggang seine Milchprodukte zu verkaufen; im Übertretungsfalle solle er eine Konventionalstrafe von 500 Mk. zahlen. Gegen diese Bestimmung hatte Sch. verstoßen und war von B. verklagt worden, aber ohne Erfolg. Wegen der Forderung von 8.60 Mk. hatte Sch. im Juni, also einige Monate nach Leistung des Offenbarungseides, gemahnt und dieses wurde B. bekannt, der nun gegen Sch. Anzeige wegen Meineids erstattete. Am 1. Oktober wurde Sch. verhaftet. Um ein Beweismittel zu haben, daß auch die Plüschgarnitur ihr Eigentum sei, ließ die Sch. die Rechnung auf ihren Namen umschreiben. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen veruchten Betrugs fallen; hielt sie aber wegen Meineids und betrügerischen Bankrotts bei Sch. und wegen Beihilfe bei der Frau Sch. in vollem Umfange aufrecht. Dem Ehemann bat er mildernde Umstände zu verjagen, während er der Zubilligung solcher bei der Frau nicht entgegenzutreten wolle, weil diese unter dem Einfluß des Mannes gehandelt habe. Der Verteidiger der Angeklagten tritt in längerer Rede für Freisprechung bezügl. des betrügerischen Bankrotts ein; es könne höchstens Pfandhinterziehung in Frage kommen. Auch die Frage des Meineids könne nicht bejaht werden; im schlimmsten Falle sei fahrlässiger Falscheid anzunehmen. Das Urteil lautet bei Frau Schöne gemäß dem Wahrspruch der Geschworenen auf Freisprechung, beim Angeklagten Schöne wegen fahrlässigen Falscheides und betrügerischen Bankrotts unter Zubilligung mildernder Umstände zu neun Monaten Gefängnis. Ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft wurde Sch. auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

Saubgericht.

Leipzig, 25. Februar.

Diebstahl. Der noch jugendliche, erst kürzlich verheiratete Weinhändler St. aus J. kam am 17. September v. J. in Geschäftssachen nach Leipzig und gedachte sich auch nebenbei etwas zu amüsieren. Beim Schlendern durch die „Grimmische“ lächelte ihm eine Halbweslerin einladend zu und St. ging mit. Erst besuchten sie einige bayerische Bierstuben und dann ging in das Heim der Schönen. St. ließ sich hier nicht lumpen, sondern zahlte mit einem blanken Zwanzigmarkstück pränumerando. St. schlief aber ein und seine Dulcinea untersuchte derweilen seine Sachen nach Wertgegenständen und nahm aus der Brieftasche drei Einhundertmarkstücke. Als St. wieder munter wurde, wollte er ihr noch ein Extrageschenk geben, gewahrte aber dabei den Verlust seiner drei Scheine. Sie legte erst hartnäckig. Er ging darauf zur Polizei und ließ fahndet die Diebin noch ab, ehe sie das Geld beiseite schaffen konnte, so daß es St. wieder eingehändigt werden konnte. Vor der zweiten Strafkammer hatte sie sich nun wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu verantworten und das Gericht verurteilte die 21 Jahre alte, aus Krotzberg bei Halberstadt gebürtige Prostituierte Wuse unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis.

Wegen Körperverletzung und Sittlichkeitsvergehen mit Kindern unter 14 Jahren wurde der 18 Jahre alte Fleischerlehrling Otto Hermann Volkerath nach einer unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlung von der vierten Strafkammer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Nötigung und Bedrohung. Der Gutbesitzer J. in Körlitz hatte zum Kartoffelausnehmen unter anderen Arbeitern auch den Handarbeiter Alfred Otto Göllnitz aus Volkmarzdorf am 9. Oktober v. J. angenommen. Bei

der acht Tage später stattgefundenen Lohnzahlung sagte J. zu den Leuten, daß sie noch acht Tage arbeiten könnten, wenn sie wollten; er müsse aber eine bestimmte Befehlszahl haben, sonst wolle er sich um andere Leute umthun. Als diese auf weitere acht Tage zusagten, behielt J. von jedem 50 Pfg. als Kaution inne, die sie bei der nächsten Lohnzahlung wieder zurück erhalten sollten. Am darauffolgenden Donnerstag erklärte J. im Beisein seiner Kollegen und für diese mit, daß sie aufhören wollten; J. solle ihnen den Lohn sowie die 50 Pfg. geben. Als J. ihn auf den Vertrag aufmerksam machte, daß sie bis Sonnabend zu arbeiten hätten, nahm J. einen starken Knüttel, ging auf J. los und erklärte, wenn er das Geld nicht herausgäbe, werde er alles kurz und klein schlagen. J., eingeschüchtert von dem Auftreten J.s, zahlte den Lohn aus, behielt aber die 50 Pfg. mit dem Bemerkten inne, daß diese erst am Sonntag zur Auszahlung kämen. Er ging darauf in das Wohnhaus und G. wurde darüber so wütend, daß er acht Scheiben einschlug und dabei den hinter dem Fenster stehenden J. mit dem Knüttel vor den Bauch stieß. Um weiteres Unheil zu verhüten, zahlte J. den anderen Leuten die 50 Pfg. aus, behielt aber die von G. und erstattete Anzeige. Die zweite Strafkammer verurteilte G. unter Anrechnung von sechs Wochen der erlittenen Untersuchungshaft zu vier Monaten Gefängnis.

In Scherze getötet. Am Vormittag des 11. Januar dieses Jahres war der Lagerist Fritz Kurt Begler aus Großsch. der bei der Firma Gebr. Sch. dortselbst in Stellung ist, mit Baden beschäftigt. Der ebenfalls dort beschäftigte, mit J. befreundete gleichalterige Metallarbeiter Binder, kam, als er seinen Lohnzettel im Comptoir abgeben wollte, durch den Paderaum und stieß seinem Freund J. mit der Hand über das Haar. Ohne die Absicht zu haben, seinen Freund zu verletzen, ergriff J. sein am Tage vorher geschliffenes Messer und rief es im Scherze nach diesem. Unglücklicherweise machte J. im selben Augenblicke eine Wendung und stieß sich das Messer 6 Centimeter tief in die Seite. J. legte der Verwundung keine Bedeutung bei und ging weiter in das Comptoir. Dort merkte er, daß ihm das Blut durch die Kleider kam und es wurde ihm zunächst ein Rotverband angelegt und nach dem Arzt geschickt. Hilfe war jedoch nicht mehr zu bringen, weil bei dem Stich eine Ader durchschnitten worden war. J. starb nach ganz kurzer Zeit an innerer Verblutung. Die dritte Strafkammer, vor der sich J. wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte, berichtigte zu Gunsten des Angeklagten, der von seinem Chef aufs beste besummelt wurde, seine bisherige Unbescholtenheit und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis; ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft wurde ihm auf die erkannte Strafe in Anrechnung gebracht.

Oberkriegsgericht.

Leipzig, 25. Februar.

Freispruch anstatt sechs Jahre Gefängnis. Die Unteroffiziere der 1. Compagnie des 107. Regiments hatten am Vormittag des 29. August v. J. auf dem Bienen Freischießen gehabt. Nach Beendigung desselben hatten die Unteroffiziere noch zweimal in Böhlitz-Ehrenberg Einschieß gehalten und waren dann gegen zwei Uhr nach der Kaserne zurückgekehrt. Der 22jährige Unteroffizier Hermann Richard Ficker, der sich von seinen Kameraden getrennt und allein in mehreren Schankwirtschaften Branntwein und Bier getrunken hatte, kam gegen vier Uhr nachmittags nach Wahren. Unweit des dortigen Rittergutes kam ihm ein Vierwagen entgegen. Ohne jede Veranlassung forderte er den Leiter des Geschirrs, Wilke, auf, anzuhalten und rief: „Halt, oder ich schieße!“ Wilke, der der Meinung war, Ficker mache sich nur einen Scherz mit ihm, erklärte dem Unteroffizier, er werde ihn melden, wenn er derartige Dummheiten nicht bleiben lasse. Nachdem Ficker aber seine Drohung wiederholt hatte, fuhr Wilke in schnellem Tempo weiter. Der Unteroffizier schlug nun einen kürzeren Weg ein und kam auch noch vor dem Geschirr an die sogenannten Königsbrücke. Hier legte er sein Gewehr an, nachdem er vorher Ladegriffe gemacht hatte und rief Wilke beim Herannahen zu: „Absteigen oder ich schieße!“ Wilke blieb jedoch ruhig sitzen. Erst als Ficker die Zügel des Pferdes anfaßte, sprang er vom Wagen, ging auf den Unteroffizier zu und versuchte ihm das Gewehr wegzunehmen. Bei diesem Vorgehen war es Wilke möglich, den Abzug des Gewehres abzudrücken und er merkte nun, daß dasjelbe gar nicht geladen war. Als Wilke weiter auf den Unteroffizier einbrang, zog dieser sein Seitengewehr und stach zweimal nach ihm, ohne ihn jedoch zu treffen. Nachdem Wilke das Gewehr einen Augenblick losgelassen hatte, erhielt er von Ficker einen Stoß mit dem Gewehrkolben vor die Brust. Wilke ging dann fort, um vom Rittergute Hilfe herbeizuholen. Unterdessen führte Ficker den Vierwagen auf einen Wiese. Als der Vierfahrer dem Sergeanten Otto vom 107. Regiment begegnete, bat er diesen, ihm beizustehen. Beide gingen dann zurück und kamen an, als Ficker im Begriffe stand, das Pferd auszuspannen. Der Sergeant rebete Ficker im guten zu, doch mit nach Hause zu gehen. Dieser wollte aber nichts davon wissen, sondern erwiderte, indem er sein Gewehr anlegte: „Zurück oder ich schieße, ich habe fünf scharfe Patronen bei mir!“ Obwohl Wilke ihm versicherte, daß Ficker gar nicht scharf geladen habe, ließ der Sergeant von dem schiefwütigen Ficker ab und erklärte, es sei am Ende nicht unmöglich, daß Ficker doch scharf geladen habe, weil er vom Schießstande komme. Als dann der Lieutenant Gräß vom 106. Regiment per Rad vorbeifuhr, meldete der Sergeant Otto dem Vorgang. Als der Offizier abgestiegen war und sich zu Ficker begeben hatte, legte letzterer sein Gewehr auf ihn an. Der Lieutenant zog nun seinen Säbel und drang auf Ficker ein, der dann um den Wagen herum lief. Gräß forderte nun den Sergeant Otto auf, Ficker von hinten zu fassen. Der Unteroffizier legte nun von neuem an und drohte Gräß und Otto zu erschließen. Während der Lieutenant dem Ficker hierauf mit dem Säbel zu Leibe rückte, ihn aber nur leicht streifte, schlug der Unteroffizier ihn mit dem Gewehr ins Gesicht. Es gelang dem Lieutenant schließlich, dem Unteroffizier das Gewehr zu entreißen, worauf Ficker in das nahe Gehölz flüchtete. Obwohl er drohte, jeden mit seinem Seitengewehr zu erstechen, gelang es seinen Verfolgern, ihn unschädlich zu machen. Es kostete große Mühe, den wie toll um sich schlagenden Ficker nach dem Wahren Arresthause zu bringen. Wegen dieses Vorganges war Ficker am 17. Sept. v. J. vom Kriegsgericht Leipzig zu sechs Jahren Gefängnis Entfernung aus dem Heere und Degradation verurteilt worden. Gegen dieses Erkenntnis hatte Ficker jedoch Be-

klage eingereicht von Effeltzene zu Effeltzene und läßt uns keine Zeit, die vorgeführten Menschen näher kennen zu lernen. Wir verheeren nicht, weshalb den alten Pfarrer die entehrende Strafe der Amtsenthebung getroffen hat. Er scheint ein ganz passabler Herr zu sein, der jedenfalls einen viel sympathischeren Eindruck macht, als sein Nachfolger, der sich wie ein wüster Tyrann geriert, im Augenblicke der Todesgefahr als winselnder Schwächling erscheint und zu seiner selbstverständlichen Seelsorgerpflicht, der Befehlung der verirrten Dirsenseele, erst durch Bitten und Drohungen gezwungen werden muß. Eine unmögliche Figur ist die weißliche Heldin Stine Kos. Wie soll innerhalb einer schlichten Fischerbevölkerung solch ein komplizierter Charakter sich entwickeln können? Der Autor hätte uns das Wunder begreiflich machen müssen, bevor er dieses hünenartige Stück alter Pigeunerromantik in das nächtliche Pommerland verpflanzt und die daraus entstehenden Kontrastwirkungen zu wohlfeilen Szeneneffekten ausnützte. Aber Herr Engel, der zwar ein geborener Pommer ist, scheint von dem Milieu, in dem er sein Drama spielen läßt, keine Ahnung zu haben. Seine Figuren sind offenbar mit Spreewasser, nicht mit Seetwasser getränkt. Die Handlung des Stückes ist konfus, dürrig und uninteressant. Unser Interesse zerplittert sich zwischen den Schicksalen des alten Pfarrers, des jungen Pfarrers und der Stine nach drei verschiedenen Seiten, und wir verstehen am Ende nicht, was die Geschichte im einzelnen und im ganzen eigentlich bedeuten sollte. Ist der ganze Theatersapparat mit so viel Härte und Präzision wirklich nur zu dem Zweck in Bewegung gesetzt worden, um einem halbverrückten Theologen die Winstenweisheit beizubringen, daß Milde und Besonnenheit schätzenswerte Tugenden sind? Ich glaube, man that besser, sich über die Absichten des Autors nicht lange den Kopf zu zerbrechen. Herr Engel gehört nach allem, was er bisher geschrieben hat, nicht zu den Theaterschriftstellern, die man literarisch ernst zu nehmen hat. Er ist vor allen Dingen ein Geschäftsmann, der aus seinen Stücken Geld herauszuschlagen will. Für

diesen Zweck ist ihm so ziemlich jedes Mittel recht. Da er ein sehr geschickter Techniker ist, erprobt er zuweilen sein Ziel.

Die Darstellung war durchweg tadellos. Die Rolle der Stine Kos gab Agnes Sorma.

Ein neues Werk von Frau Wedekind. So ist das Leben, wurde dieser Tage zum erstenmal im Münchener Schauspielhaus aufgeführt. Der Inhalt des neuen Schauspieles ist kurz folgender: Der verschwenderische König Nicolo von Urbrien wird von dem Volke verjagt, und an seine Stelle wird der reiche Schlächtermeister Folsch auf den Thron gesetzt. Nicolo zieht mit seiner Tochter als Bettler verkleidet durch das Land und wird unerkannt wegen Majestätsbeleidigung zu zweijährigem Kerker verurteilt. Aus dem Kerker entlassen, wird er Schauspieler. Als solcher lernt ihn der neue König kennen, der ihn nun zu seinem Hofnarren macht. In des Hofnarren Tochter aber verliebt sich des Königs Sohn. Um eine Verbindung zwischen beiden möglich zu machen, vertritt der königliche Hofnarren sterbend das Geheimnis seiner Vergangenheit. Das Werk, das, wie man aus dieser kurzen Inhaltsangabe erkennen, philosophischen Betrachtungen und satirischen Einsäßen den weitesten Spielraum bietet, fand — wohl der Verschiedenheit der ästhetischen und politischen Gesinnungen entsprechend — beim Publikum geteilte Aufnahme.

Einem gelehrten Theaterkritiker beschäftigt die Kölnische Zeitung. Am Kölner Stadttheater wurde am Sonntag für Köln zum erstenmal Eva von Richard Wof gespielt. Darüber philosophiert der ungenannte Kritiker also: „Es giebt kaum einen zweiten deutschen Schriftsteller, der ein so wechselndes Gesicht zeigte, wie Richard Wof. Sein neues Stück hatte einen starken äußeren Erfolg, aber es ist ein rein theatralisches Werk, das zwar versucht, mit dem wirklichen modernen Leben Fühlung zu halten, aber sich ganz in unwahrscheinlichen äußerlichen Effekten verliert.“ Das „neue Stück“ ist bekanntlich vor dreizehn Jahren geschrieben, ist seitdem über fast alle deutschen Bühnen gegangen und ist seit Jahren sogar in Reclams Bibliothek erhältlich.

erung eingelegt, da er in einem Zustande sinnloser Verwirrtheit gehandelt habe. Zu der unter dem Vorsitz des Oberlieutenants v. Quad-Solthausen vor dem Kriegsgericht angelegten Verurteilungsverhandlung gab Ficker an, daß er sich auf gar nichts mehr besinnen könne. Er sei vielmehr erst wieder zur Besinnung gekommen, als er bereits gefesselt in der Arrestzelle gelegen habe. Der Lieutenant Gray führte an, daß Ficker ihm bei dem Vorgang wie ein Blödsinniger vorgekommen sei. Andere Zeugen sprechen sich in ähnlicher Weise aus. Aus den Gutachten des Generalarztes Dr. Müge-Wohlt ging hervor, daß Ficker erblich belastet ist. Das ganze Benehmen Fickers bei dem Vorgange zeige, daß der Angeklagte, der früher bereits einmal eine Geistesstörung erlitten habe und der ein reizbarer Charakter sei, nicht wegen seiner Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden könne, da er damals jedenfalls in der That geistesgestört gewesen sei. Auf Grund dieser Aussage konnte das Gericht nur zu einer Freisprechung Fickers gelangen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Februar.

Ein opferwilliger Parteigenosse. Der ehemalige Steinmetz, spätere Lagerhalter Robert Heintze in Oelsch, ist gestern früh 6 Uhr nach langer Krankheit im Alter von 35 1/2 Jahren verstorben. Der Verstorbene war für die Partei bereits unterm Ausnahmegesetz thätig, wirkte im Arbeiterverein und war Mitgründer des Vereins Vorwärts Leipzig-Süd. Die Berufskrankheit der Steinmetzen halte auch ihn bereits vor einigen Jahren ergriffen. Ein längerer Erholungskuraufenthalt schien ihn aber dauernd wieder hergestellt zu haben, jedoch ein Rückfall setzte seinem treuen Wirken ein Ziel. Sein Andenken werden die Parteigenossen in Ehren halten.

Achtung, Modellistiker! In den Unionwerken in Berlin sind bekanntlich infolge von Differenzen wegen Lohnabgaben sämtliche Modellistiker ausgesperrt worden. Wie in Berlin, so versucht neuerdings die Firma auch in Leipzig Modelle herstellen zu lassen. Durch Vermittlung der Firma Meier u. Weigel sind bei der Modellfabrik von Carius, Lindenau, Wismarstraße, beschäftigten Kollegen in den letzten Tagen gleichfalls Modelle für Berlin in Arbeit gegeben worden. Da die Kollegen sich selbstverständlich weigern, Streikarbeit anzustellen, so ist es bei Carius bereits zur Differenz gekommen, wobei ein Kollege entlassen worden ist. Etwas weitere Differenzen in anderen Betrieben wolle man umgehend im Coburger Hof melden.

Achtung, Pianofortistiker! Für eine Pianofortefabrik in Jena wurden in den letzten Tagen in Müllau, Stötteritzer Straße, 10-15 Mann gesucht. Da schon seit Jahren in der betr. Fabrik über sehr ungünstige Arbeitsbedingungen Klage geführt wird, so ist äußerste Vorsicht bei etwaiger Arbeitsaufnahme am Platze.

„Unser“ Kaffe hat geredet. Zwar nicht in Leipzig und über seine Stellung zum Vorkauf, sondern in Werda unter dem böhlgem „Waldenschen“ und über die „politische Lage“.

Der Leipziger Junungsanschuß hat seinen langjährigen Vorsitzenden, den Buchdruckereibesitzer Julius Mäfer, so geärgert, daß er sein Amt niederlegte. Bei der vorgenommenen Neuwahl fielen von 70 abgegebenen Stimmen auf Wäckerobermeyer Simon 45 Stimmen, auf Tapeziererobermeyer Richter 11, Buchdruckereibesitzer Mäfer 8, Sattlerobermeyer Neppenhagen 3 und Tapezierermeister Knappe und Malermeister Schulz je eine Stimme. Wäckerobermeyer Simon nahm die Wahl an.

Die Leipziger Kreditbank äußert sich in ihrem Geschäftsbericht über die wirtschaftliche Lage wie folgt:

1901 war für das Bankgeschäft ein schweres und ungünstiges Jahr. Daraus mußte man einigermaßen gefaßt sein, nachdem im vorausgegangenen Jahre ein Umschwung in den wirtschaftlichen Verhältnissen begonnen hatte und fast allerwärts ein Rückgang in Industrie und Handel hervorgerufen war. Dieser Rückgang ist jedoch im Berichtsjahre schärfer geworden, als zu Anfang in beiden Kreisen geglaubt wurde, und hat sich unaufhaltsam fortgesetzt. Demgemäß zeitweise an manchen Orten oder in einzelnen Geschäftszweigen über vermehrte Aufträge und größere Bestellungen berichtet wurde und dadurch auch anderwärts die Hoffnung auf eine allgemeine Besserung geweckt wurde: erfüllt hat sich diese Hoffnung bis zum Schlusse des Jahres nicht. Sucht man die von den Zeitungen im Laufe des Jahres gebrachten Nachrichten über den Geschäftsgang in den hauptsächlichsten Industriezweigen und die Berichte über den Groß- und Kleinhandel in ein kurzes Urteil zusammenzufassen, so kann dies nur dahin lauten, daß die Geschäfte fast durchgängig „still“ waren. Dies ist uns auch von unserer Rundschau durch zahlreiche Klagen über unbefriedigenden Geschäftsgang bestätigt worden. Selbstverständlich konnte eine so weit reichende Geschäftsllosigkeit nicht ohne nachteiligen Einfluß auf das Bankgeschäft, also auch auf unsere Gesellschaft bleiben.

Leipziger Kredit- und Sparkbank. Die Aktionäre, die in einer Vorversammlung beschlossen hatten, in der Generalversammlung am 6. März gegen die Vorschläge des Direktoriums auf Aktienzusammenlegung und damit gegen jede Sanierung des Bankinstituts zu stimmen, haben jetzt noch einer Information durch das Direktorium beschloßen, ihren Einspruch zurückzuziehen und für die Anträge der Verwaltung zu stimmen. Damit ist die Annahme der Anträge auf Sanierung der Kredit- und Sparkbank gesichert.

Ueber die angeforderte Taxierhöhung bei den Straßenbahnen sagt der soeben erschienene Bericht der Großen Leipziger:

Die bereits in früheren Berichten hervor gehobene Tatsache, daß die Einnahmen aus dem Betriebe bei dem zur Zeit in Leipzig uneingeschränkt mit Umsteigerberechtigung geltenden Einheitsfahrschein von 10 Pf. mit den bedeutend vermehrten Betriebsleistungen nicht gleichen Schritt halten, was in dem von Jahre zu Jahr sinkenden Ertragnis vom Wagenkilometer zum Ausdruck kommt, während andererseits die Ausgaben stetig wachsen, hat uns nach eingehender Erwägung veranlaßt, in Gemeinschaft mit der Leipziger Elektrischen Straßenbahn an den Rat der Stadt mit dem Antrage auf eine Taxifänderung heranzutreten. Die darüber seit vorigem Frühjahr geführten Verhandlungen sind zur Zeit noch nicht zum Abschluß gelangt, inessen hat der Rat die Notwendigkeit einer solchen Änderung anerkannt, und wir dürfen nach dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit hoffen, daß dieselbe eine befriedigende Lösung finden wird.

Was der Bericht „befriedigend“ nennt, bedeutet für das Publikum eine Verteuerung der Fahrgelegenheit. Und zu einer solchen Verteuerung hat der Rat die „Notwendigkeit“ anerkannt? Wohl im Interesse der Aktionäre?

38 „Studierenden“, die im laufenden Semester weder eine Vorlesung noch ein Praktikum angestanden haben, ist das akademische Bürgerrecht entzogen worden.

Das sächsische Ministerium des Innern weist in einer Verordnung die Kreisbauernschaften, einem Ersuchen des Reichslandtags entsprechend, erneut an, bei Anträgen von Zigeunern auf Erteilung von Wandergewerbebescheinigungen die Vorchrift der Bekanntmachung vom 27. November 1890, wonach ausländischen Zigeunern der Wandergewerbebescheinigung zu verweigern sei, strengstens zu beachten und jedes Mal, wenn dem Antrag eines inländischen Zigeuners entsprochen werde, dessen Zigeunereigenschaft ausdrücklich in dem Wandergewerbebescheinigung zu vermerken.

Sellerie als Heilmittel gegen Rheumatismus. Es wird behauptet, daß diese Krankheit unmöglich ist, wenn Sellerie häufig in gelöschtem Zustande gegessen wird. Der Sellerie soll, in Stücke geschnitten, bis zum Verschwinden in Wasser gelocht und dann das Wasser vom Patienten getrunken werden. Man löche dann den weichen Sellerie mit etwas frischer Milch, Mehl und Muskatnuß in einer Pfanne auf, serviere dies warm mit geröstetem Brot und esse es mit Kartoffeln, und die Schmerzen sollen sofort nachlassen. Dies ist die Erklärung eines Arztes, der dieses Mittel wiederholt und stets mit gleichem Erfolge angewandt hat.

Aus dem Fenster gestürzt. Ein in der Lühowstraße wohnhafter 48 Jahre alter Restaurateur stürzte nachts in der ersten Stunde beim Auslöschten der an der Straße angebrachten Laterne aus dem Fenster seines im Bodparterre gelegenen Lokales auf die Straße hinab und erlitt mehrfache schwere Verletzungen am ganzen Körper, so daß er mittels Krankenwagens nach dem Stadtkrankenhaus gebracht werden mußte.

Unfälle. Auf dem Grimmaischen Steinwege wurde am Dienstag nachmittag die Ehefrau eines in der Dresdener Straße wohnenden Geshirrführers von einem Steine, der vom Dache des Grundstückes Nr. 15 fiel, am Kopfe getroffen und verletzt. Die Frau wurde von einem in der Nähe wohnenden Arzte verbunden. — In der Grenzstraße zu L-Sellerhausen ist gestern nachmittag ein 10jähriges Mädchen von einem unbekanntem Radfahrer überfahren worden, wobei das bedauernswerte Kind einen Unterschenkelbruch davontrug. Der rücksichtslose Fahrer, der übermäßig schnell gefahren und nicht gestillt haben soll, entkam leider.

Feuer entstand gestern abend in der Dachwohnung eines in der Königsstraße wohnenden Handelsmannes. Das Feuer durchbrach den Dachstuhl des Gebäudes, es wurde aber binnen kurzer Zeit von der Feuerwehr beseitigt.

Einem gefährlichen Verbrecher nahm gestern die Polizei hier in der Person eines aus Posen gebürtigen, 21 Jahre alten Technikers fest. Der Betreffende war von Rawitsch aus, wo er eine längere Buchhandlung zu verwalten hatte, zu einer Gerichtsverhandlung nach Weitten in Baden transportiert worden. Auf seinem Rücktransport wurde er in der Nacht zum Dienstag in dem Gefängnis zu Kassel untergebracht. Dort gelang es dem gefährlichen Menschen, auszubringen. Er verübte darauf in Weitten einen Einbruchdiebstahl, wobei ihm Geld, Goldsachen und andere Wertgegenstände in die Hände fielen. Man fand aber die nach Leipzig führende Spur des Flüchtlings und vermachte ihn hier rechtzeitig zu signalisieren. Als er gestern abend mit der Thüringer Bahn hier eintraf, erfolgte seine Festnahme.

Selbstmorde. Durch Erhängen hat sich am Sonnabend ein in der Gabelsberger Straße wohnender, 51 Jahre alter Uhrmacher von hier in seinem Geschäftslokal in der Kreuzstraße selbst entleibt. Vermutlich war Krankheit der Beweggrund zu dem Selbstmorde. — Am Sonnabend abend hat sich eine von hier gebürtige, 29 Jahre alte Arbeiterin in ihrer in der Perthesstraße zu L-Neudnitz gelegenen Wohnung vergiftet. Als Beweggrund zu dem Selbstmorde wird Liebesgram vermutet.

Kleine Volkseinrichtungen. Wegen umfangreicher Diebstehlen und Hehlerei wurde ein 55 Jahre alter Hausmann aus Ephenhain und eine 48 Jahre alte, im Wittwenstande lebende Inhaberin einer Buchbindelei in Hof genommen. Der Hausmann hat, wie sich herausstellte, seit vielen Jahren seine Vertrauensstellung in einer Buchbinderei am Täuschentwege dazu mißbraucht, seine Arbeitgeber zu bestehlen. In seinem Besitze sind noch für über 4000 M. entwandene Waren vorgefunden worden. Die gestohlenen Sachen, als Blattgold, Einbandleder, Farben, Lein, Wäcker und andere Utensilien, hatte der unehrliche Mensch weit unter dem Werte an die wegen Hehlerei mißverhaftete Witwe verkauft.

Errechnet und festgenommen worden ist jener Dieb, der in letzter Zeit von hiesigen Neubauten die von den Arbeitenden abgelegten Winterüberzieher und auch andere Sachen stahl. Der Dieb ist ein schon vorbestrafter 18 Jahre alter Schloffer aus L-Anger-Grotenndorf.

Ein 17jähriger Arbeiterbursche aus Volkmarzdorf fing am Dienstag in der Heintzestraße einen schwarzen Spitz, in der Absicht, ihn zu verkaufen, weshalb seine Verhaftung erfolgte. Das Tier wurde ihm abgenommen und dem Kavaller übergeben, da es weder Maulkorb noch Steuerzeichen trug. Der Eigentümer des Hundes konnte noch nicht ermittelt werden.

Wegen eines Sittlichkeitsvergehens mußte ein 28 Jahre alter Arbeiter aus Köbnitz zur Verantwortung gezogen werden. Gestohlen wurde aus einem Grundstück der Gellertstraße ein Rover, Marke Lauchanna mit der Nummer 278, im Werte von 200 M. — Aus einer Wohnung der Wiederhitzer Straße in L-Gohlis fielen die Diebe einen Geldbetrag von 174 M., einen Damen-Aleiberröckel von grünem Tuche, eine Damenjade von schwarzen Nips und ein Paar neue Damenschürstiefel. — In den letzten Tagen wurden in der Heintzestraße, Marktallenstraße und Gustav-Adolf-Straße drei Handwagen gestohlen. Auf dem einen dieser Wagen befanden sich zwei Wannen mit 60 Stückchen Butter und ein Korb mit Schmeinsnuden. — Aus dem Schuppen eines Grundstückes der Hofgartenstraße in L-Neudnitz wurde eine elektrische Vogenlampe, System Schudek, im Werte von 60 bis 70 M. gestohlen. — Durch Einbruchdiebstahl wurde aus der Bodenlammer eines Grundstückes der Marktstraße ein Rover, Marke Claes Pfeil, gestohlen.

Ein unbekannter Einmietdieb bezog am 24. d. Mts. bei einer Familie in der Böhmerischen Straße eine Wohnung unter der Angabe, er komme von Gauschau und habe in einer hiesigen Möbelfabrik Arbeit gefunden. Der Unbekannte stahl den Wirtsleuten verschiedene Sachen und verschwand heimlich. Beschrieben wird er: etwa 24 bis 27 Jahre alt, mittelgroß, mit schwarzem Haar und bünnem Schnurbart. — Ein anderer Einmietdieb ist in der Marktstraße aufgetreten. Dieser nannte sich Uhlig und gab an, in einer Maschinenfabrik in Sellerhausen zu arbeiten.

Gangsch. Im Mühlgraben ist nun auch das fünf Jahre alte Mädchen, das von ihrer Mutter mit ins Wasser genommen wurde, als Leiche gefunden worden. Gemeinwohler Fischer fanden das Kind etwa 100 Meter von der Stelle entfernt, wo die Mutter aus dem Wasser gezogen wurde.

Vereine und Versammlungen.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Am Sonntag den 23. d. Mts. fand im Coburger Hof eine öffentliche Versammlung der Geschäftsführer und Beifahrer statt, die

in Petroleumgeschäften Leipzigs und Umgegend beschäftigt sind. Der Tagesordnungspunkt: Was lehrt uns die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Fr. Bohne, Inhaber eines Petroleumverhandlungsgeschäfts in Wöllitz-Ehrenberg? hatte eine gute Wirkung ausgeübt, so daß die Versammlung gut besucht war. Der Kollege Schmidt schilderte in kurzen Zügen die Entwicklung des Handels. Wo früher kleine Läden standen, erheben sich große Bazare und Verkaufshäuser. Eine Masse Agenten besuchen heute die Kunden bis in die entferntesten Gegenden. Aus dieser Entwicklung Vorteile zu ziehen, sei nur wenigen beschieden, vor allen nur denen, die andere für sich arbeiten lassen. Ähnlich sollen auch die Verhältnisse der Firma Bohne liegen. Heute, wo Herr Bohne 18 bespannte Wagen herumfahren lasse, seien seine Ansichten den Arbeitern gegenüber verumlichtet, andere, als zur Zeit wo er noch mit den kleinsten Mitteln sein Geschäft betrieb. Von den Arbeitgebern sei freiwillig nichts zu erwarten, eine Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sei nicht vorhanden, darum müsse sich jeder Arbeiter organisieren und für bessere Verhältnisse kämpfen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Kollege Gerberd glaubt noch mehrere Fälle bekannt, wo Rutscher von Bohne mit ihren „hohen“ Löhnen prahlen. Herr Bohne, der, wie es hieß, mit seinem Personal in die Versammlung kommen wollte, war trotz Einladung nicht erschienen.

Steinscher.

In dem Bericht über die letzte Versammlung darf es nicht heißen: Vom Bericht des Vorstandes wurde auf dem Verbandstag abgesehen, sondern es ist in der Versammlung davon abgesehen worden, weil er schon in der Fachzeitung gestanden hat. Ferner muß hinter dem Satz: „Für zehn Sterbefälle sind künftig zusammen 70 Pf. zu entrichten“, noch folgendes eingeschaltet werden: „Jedoch sind die Mitglieder, die noch mit alten Marken im Rückstande sind, davon nicht entbunden, sondern müssen noch zu dem alten Preise Marken entnehmen.“

Von Nah und Fern.

Zwölf Personen bei einem Brande verschüttet! München, 26. Februar. Wie die Münchener Neuesten Nachrichten aus Dinkelsbühl melden, wurden bei einem heute früh ausgebrochenen Brande durch den Einsturz einer Sichelmauer fünfzehn Personen, größtenteils Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange, doch ist keine Hoffnung auf Rettung.

Nach einer weiteren Meldung aus Dinkelsbühl wurden dort bei dem Brande durch den Einsturz der Sichelmauer zwölf Personen getötet.

Brand einer Petroleumraffinerie. Bromberg, 27. Februar. Der größte Teil der Petroleumraffinerie und Benzinaraffinerie Apoilo, Aktiengesellschaft, ist gestern von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, die großen Schaden angerichtet hat. Abends konnte das Feuer lokalisiert werden. Die Petroleum- und Benzinvorräte wurden gerettet.

Der Flecktyphus.

Amsterdam, 26. Februar. In Zaandam, bekanntlich einem Hauptpunkt der niederländischen Mühlenindustrie, ist der Flecktyphus ausgebrochen. Bis jetzt sind 4 Todesfälle zu konstatieren. Es sind strenge behördliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Schiffsunfall.

London, 27. Februar. Nach hier vorliegenden Nachrichten waren dem gestern in Halifax im Schlepptau des Lloydampfers Karlsruhe eingetroffenen Lloydampfer Nezar 700 Meilen östlich von Halifax vier Fingel der Schiffschraube gebrochen, als er vor dem Dampfer Karlsruhe angetroffen und ins Schlepptau genommen wurde. An Bord der beiden Dampfer befinden sich über 2000 Passagiere.

Terlinden wird ausgeliefert! Washington, 25. Februar. Das Oberbundesgericht hat beschlossen, Terlinden auszuliefern. Das Oberbundesgericht erkannte den Auslieferungsvertrag als gültig an, da Deutschland ihn stets respektierte und Preußen nicht aufgehört habe zu existieren.

Miss Stone befreit.

Saltzburgh, 25. Februar. Miss Stone und ihre Genossin in der Gefangenschaft sowie das Kind der letzteren sind heute abend hier angekommen. Sie reisen auf Veranlassung des amerikanischen Gesandten nach Konstantinopel weiter.

Die Pest.

Melbourne, 25. Februar. Die Pest nimmt in Sydneuy etwas zu. Es werden zwei bis drei Fälle täglich gemeldet. **Schaughai,** 25. Februar. An Bord des Postdampfers Vallarat ereigneten sich unter dem Teil der Mannschaft, welcher von Goa kam, zwei Todesfälle an der Pest und weitere drei Erkrankungen an der Seuche. Die Behörden entwickeln eine sehr eifrige Thätigkeit. Das Schiff ist isoliert.

Die Katastrophe am Schemacha. **Baku,** 25. Februar. Das Untersuchungskomitee in Schemacha hat festgestellt, daß die Zahl der todkleidenden Familien 2561 beträgt; im ganzen sind 14300 Personen todkleidend. — Von 882 bisher ausgegrabenen Leichen sind 31 solche von Armeeniern, alle übrigen solche von Wohannedanern. — Die Ausgrabungen dauern fort. — Der Landeschef des Kaukasus, Fürst Galizyn, besichtigte gestern Schemacha. Die Vobenschwankungen haben aufgehört. Aus Schemacha sind im ganzen 5000 Personen ausgewandert.

Letzte Nachrichten.

Das Breß-Diner in Newyork.

Newyork, 26. Febr. Das von der Newyorker Staatszeitung zu Ehren des Prinzen Heinrich veranstaltete Diner im Hotel Waldorf-Astoria begann um 8 Uhr. Etwa 1200 Vertreter der amerikanischen Presse nahmen teil. Hermann Ridder, der Mitbesitzer der Newyorker Staatszeitung, begrüßte den Prinzen mit den Worten: „Ev. königl. Hoheit haben die Monroedoktrin verlegt, indem Sie als Vertreter des Kaisers nicht nur ein Stück amerikanischen Bodens, sondern uns alle eroberten.“ Redner erinnerte an die historische deutsch-amerikanische Freundschaft und an General Steuben, der der erste Präsident des deutschen Vereins in Newyork geworden sei, und schloß mit den besten Wünschen für das Wohlergehen des Prinzen. Der Toast wurde stehend angehört und mit stürmischem Beifall aufgenommen. Whitelaw Reid, Chefredakteur der Newyorker Tribune, feierte den Präsidenten als den Inhaber des für die Amerikaner höchsten Postens der Welt und Roosevelt persönlich als einen kraftvollen und zielbewußten Mann am Steuer und den Kaiser als den Vertreter aller Völkern in Deutschland, der von der Welt jetzt in seiner persönlichen Gräße anerkannt werde. „Er weiß, was er will, und spricht es gerade heraus und handelt gerade danach, wie es Präsident Roosevelt in ähnlicher Weise auch thut. Obwohl oberster

Kriegsherr, hat der Kaiser den Frieden erhalten, die Lage der Arbeiter gehoben und Kunst, Litteratur, alles Gute und Schöne gefördert, und er wächst an Größe von Jahr zu Jahr. Drei Nationen sind von Gott und der Natur zu ewiger gegenseitiger Freundschaft bestimmt: Die Vereinigten Staaten, Deutschland und England!

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100. 1. Das betreffende Inserat wird von uns nicht mehr aufgenommen. 2. Nein. 3. Ja. 4. Bei einem Mängelbändler; siehe Adressbuch. G. R. Her. Die Litteratur ist so umfangreich, daß es schwierig ist, die richtige Auswahl zu treffen, da z. B. dabei die Vorbildung des Lesers in Frage kommt.

Auskunft in Rechtsfragen.

Nr. 100. Es kann wegen Verweigerung der Impfung wiederholt auf Geldstrafe bis zu 50 Mk. erkannt werden; auch ist Haftstrafe bis zu 3 Tagen zulässig. Die Aufkündigungszeit ist in diesem Falle eine einmonatliche, und es ist spätestens am 1. des Monats zu kündigen, mit dessen Schluß der Dienstvertrag erlöschen soll.

haben natürlich nicht nötig, das, was Sie gar nicht erhalten haben, zu versteuern. Sie geben der Steuerbehörde nur den tatsächlich verdienten Betrag an; sind Sie zu hoch eingeschätzt, können Sie reklamieren. Ein solches Vorgehen gibt es nicht; Sie sind bauernd verpflichtet, eventuell den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren, soweit Sie selbst dazu im Stande sind.

Theatervorstellungen. Neues Theater.

Donnerstag den 27. Februar: 55. Abdm.-Vorstellung (8. Serie, weiß): Die größte Sünde. Drama in 5 Akten von Otto Ernst. Regie: Ober-Regisseur Adler.

Baron Cyprian Starga Dr. Prost
Henry v. Gorka Dr. Helne
Jan Weisko Dr. Sulfuß
Jadwiga Dr. Siegmund-Wolff
Kasimira Dr. Wufe
Elise Köhler Dr. Daldorf
Thassilo, Page Dr. Dellinger
Der kleinste Page Dr. Carta
Erster Page Dr. Corblin
Zweiter Page Dr. Paar
Palma Arbeiter Dr. Markwort
Jaroslav Dr. Schröder
Diener Frau Stammberg, Penner

Zeit: 1800, nach der Abkündigung Johann Kasimirs von Polen, Ort: Erster Akt Umgebung von Lipno; zweiter Akt auf Schloß Lipno; dritter Akt in Warschau. Pause nach jedem Akt.

Rüchzettel der städtischen Speiseanstalten.

Table with 3 columns: Item, Quantity, Price. Includes items like Weizen per 1000 kg netto, Roggen per 1000 kg netto, Gerste per 1000 kg netto, Hafer per 1000 kg netto, Mais per 1000 kg netto, Oelnsaat per 1000 kg netto, Rapskuchenp. 100 kg netto, Rübsl rohes p. 100 kg netto, frei Haus hier ohne Fass höher.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with 3 columns: Item, Quantity, Price. Includes items like Malz per 100 kg netto, Wicken per 1000 kg netto, Erbsen per 1000 kg netto, Bohnen per 100 kg netto, Kleeansaat per 100 kg netto.

Jede Hausfrau muß wissen,

daß sie nicht nur ihren Familienmitgliedern in gesundheitlicher Beziehung einen großen Dienst erweist, sondern auch noch bedeutende Ersparnisse macht, wenn sie Kaffeeersatz als Zusatz oder als vollkommenen Ersatz des Bohnenkaffees verwendet.

Restaurant Quetsche Seeburgstraße 70. Empfehlung meiner geübten Kochkunst, Freunden und Gönnern mein originelles Kneiplokal. Zum Ausbruch gelangt Lagerbier aus der Brauerei F. A. Ulrich, echt Bayerisch u. Gose. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit.

Altdeutscher Hof Stötteritz. Freitag den 28. Februar. Grosser Pfannkuchen-Schmaus verbunden mit F. Bockbier-Ausschank und Auftreten der beliebten Komiker Herrn Sptitz und Herbert. - Feinhafte Bedienung. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Gotthilf Vollandt.

Leutzsch, Alter Gasthof. Freitag, 28. Febr., abends 8 Uhr. Konzert u. Ball. Das Tanzen ist für meine verehrten Besucher an diesem Abend gänzlich frei! Sonntag den 2. März: Letztes grosses Bockbierfest.

Freunde und Genossen vergeßt den besten Wirt nicht. Rohlands Max, Seeburgstraße 58. Speisefartoffeln, reichlich, 10 Wbd. 25, Wege 15 Wg. Robert Funke, Lindenau. Ude Gundorfer u. Bettnerstr.

Wäschmaschinen Nr. 65. Ia. Ringwäschmaschinen Nr. 14-20, Waffendorfer Str. 13. Fahräder-Sommerlatte. Fl. Produktengesellschaft mit Schlichter zu verf. Off. u. A. 24 an b. Exp. d. W. Altes Gold. Kaufz. höchst. Preisen. Urmacher Booker. Kunst. Steinweg 38.

Fahrradmitel u. Nr. 7 an Luftschiffwohne Nr. 450 u. 5. - Humboldtstr. 38. Ein Ventil, neu, zu verkaufen. Windmühlengasse 20, II., G. S.

Ein Hundewagen billig zu verkaufen. Plagwitz, Schöcherstraße 81a, pt. Ein Sportwagen f. 3 Mt. zu verkaufen. Plagwitz, Mühlengasse 38, II. I.

Ein Brockhaus-Lexikon Jubiläums-Ausgabe, 17 Bände, billig zu verkaufen. Off. u. W. Exp. d. W. erbeten. Bis Naturheilverfahren billig zu verkaufen. Thonb., Neue Str. 1, II. I. B.

Vermischte Anzeigen. Bilder rahmt ein Modern. H. Leubner, Kleinsohn, Schleich, Weg 21, III. Gnadengesuche, Gesuche jeder Art, Verkäufe etc., Auskunft erteilt Leipzig, Münzgasse 3, II. r.

Konsum-Verein Gautzsch sucht für Billale Zödiater eine Verkäuferin. Schriftlich zu melden bis Sonnabend den 1. März d. J. im Comptoir.

Platz-Inspektor wird von Versicherungs-Aktien-Gesellschaft (Kinder-Aussteuer-Branche) mit festen Bezügen und Platzbesuchen gesucht. Offerten, die bis 18 Uhr behandelt werden, unter J. 6757 b an Haasensteim u. Bogler K.-G. Leipzig zur Beförderung erbeten. [1812]

Stuckateur für Cementwarenfabrik gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit an Gehr. Palm, Lindenau, Saalfelder Str. 11/13. Ein Kutscher in ein Fischgeschäft gesucht. In solchem Geschäft schon thätig gewesen werden bevorzugt. [1819]

Wohnungsanzeigen. Frdl. Wohnung, St. A., R., 1. April zu verm. Plagwitz, Mühlengasse 50, pt. I. Leere Stube u. K. m. Def. 1/3, zu verm. Pl., Werfch. Str. 10, pt. I. B. 6 Uhr ab. an. J. E. Freundl. leere Stube an solide Person zu vermieten. Lange Str. 38, IV. Leere Stube an einj. Person zu verm. Schleußig, Blümlerstr. 38, pt. r.

Siebenundzwanzigste Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 25. Februar 1902, vormittags.

Der Vorsitzende schlägt vor, da heute keine Plenarsitzung stattfindet, durchzuarbeiten mit einer Stunde Mittagspause.

Abg. Präfekte (frei. Vp.): Ich bege zweifel, daß die Regierung bei den von ihr aufgestellten Vorschlägen zu einem Abschluß von Handelsverträgen, speziell mit Rußland, kommt. Die Regierung geht vor, der Landwirtschaft mit den Getreidezöllen helfen zu können. Es ist aber doch etwas Schönes, einem Freunde zu helfen und dabei selbst ein gutes Geschäft zu machen! Eine Hexerei ist es nicht, durch bessere Bewirtschaftung höhere Erträge in der Landwirtschaft zu erzielen; ich sehe hier im Reichstag, weil ich durch gute Bewirtschaftung meines Grundbesitzes einen Ueberschuß über die Produktionskosten erziele, der mir das erträglichste Kapital ist. Kann man das eine Hilfe für die Landwirtschaft nennen, wenn 75 Prozent der Landwirte keinen Vorteil von den Getreidezöllen haben? Ich gehöre zu den 25 Prozent, die Vorteil davon haben, denn ich verkaufe 2000—2500 Centner Getreide und erwische, daß nur die großen Grundbesitzer Gewinn haben. Darum geht mit den Getreidezöllen! In Ostpreußen hat sich die Landwirtschaft durch die Beihilfen der preussischen Regierung sehr gehoben. Der Vorsitzende unterbricht den Redner und ersucht ihn, nicht zu weit auf die ostpreussischen Verhältnisse einzugehen. Die gesamte Opposition protestiert gegen die Ueberschüsse des Vorsitzenden, da gerade die ostpreussischen Agrarier am meisten nach höheren Zöllen schreien. Der Vorsitzende schweigt auf diese Vorwürfe.

Präfekte fährt fort in seinen Ausführungen und rät den Zolltarifern, die Frachten im Inland herabzusetzen zu helfen.

Heim (Centr.): Der Bauernstand geht jetzt stark zurück; der Kleinbesitz ist vergangen. Die Regierung weiß das, und ihre Motive für die Vorlage besagen eigentlich nur: Wir wissen, daß es Euch, den Kleinbauern, schlecht geht, aber wir können Euch wegen des Auslandes nicht helfen. Da könnte man förmlich nach einem Hinward schreien. (Heiterkeit.) Die langfristigen Handelsverträge sind eine dauernde Gefahr für die Landwirtschaft. Dem Minimalzoll lege ich prinzipiell keine große Bedeutung bei. Das schlimmste ist, daß man nichts für Viehzüchtung und Wersenzüchtung thun will. Damit operiert man die süddeutschen Bauern. Die Landwirte haben der Industrie Opfer bringen müssen, sie haben die Löhne für die landlichen Arbeiter erhöht, die körperlich kräftiger sind, als die industriellen Arbeiter und ein erträgliches Leben führen. Dabei hat die Frage der Brotvermehrung hier aufgerollt. In München ist der Brotpreis mit dem Fallen der Getreidepreise gestiegen. Gegen diesen Brotwucher in großen Städten sollten Sie (zu den Sozialdemokraten) losziehen. (Lärm: Thun wir längst!) Dafür macht man die Bauern wohnsüchtig mit verantwortlichen, sie sollen darunter mit leben. Ich habe den Kompromißantrag nicht unterschrieben, nicht nur, weil mir die Höhe nicht genügt, sondern weil für mich ein Kompromiß erst Wert hat, wenn die Regierung dazu ihre Zustimmung gibt. Der Zollschuß muß für Gerste mindestens prohibitiv wirken. Es ist beschämend für einen bayerischen Abgeordneten, zu sehen, welche Stellung die bayerische Regierung hierzu einnimmt. Das letzte Wort hierüber ist noch nicht gesprochen. Die Landwirtschaft ist nicht in der Lage, sich so laut über ihre prekäre Lage zu erheben, wie sie es in der Vergangenheit zu tun pflegte. 1879 stand die Regierung bei der Zollgesetzgebung sehr gerade, heute steht sie zwar auch noch gerade, aber sie blickt sich sehr leicht. Eine schwache Regierung nützt uns nichts, sie fördert nur die Geschäfte der Opposition. In der Politik der Regierung sehe ich eine Halbheit, deshalb kann ich ihr nicht zustimmen.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Geiger polemisiert gegen den Vorredner. Die bayerische Regierung steht auf dem Boden des vorliegenden Gegenwurfs. Für ihre Stellung berufe ich mich auf die Rede, die der bayerische Finanzminister v. Mielde im bayerischen Landtag gehalten hat. Es soll den Kleinbauern durch die höheren Zölle geholfen werden. Redner verbreitet sich über Einfuhr und Ausfuhr, sowie die Preise von Gerste. Im Vordergrund steht die Frage der Handelsverträge. Wir legen Gewicht darauf, daß solche mit Rußland und Oesterreich-Ungarn zu Stande kommen. In zweiter Linie haben wir auf die Brauindustrie Rücksicht zu nehmen. Die Zollhöchungen auf Gerste im Entwurf sind genügend. Dann müssen wir auch auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen. Im Interesse unseres Bierexports dürfen wir die Gerste nicht zu sehr mit Zoll belassen. Wenn der hohe Wersenzoll angenommen würde, müßte eine Erhöhung des Bierpreises von 2 Pfg. pro Liter eintreten. Tritt dann eine Verminderung des Konsums ein, hat auch die Landwirtschaft Nachteile. Werden die Preise immens erhöht, schwindet erstens die Absatzmöglichkeit, zweitens wird der Preis für Futtermittel steigen, die Landwirtschaft hat also wieder Nachteile. Nehmen Sie also den Kompromißantrag an, nehmen Sie die Vorlage an.

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Bobbertz: Präfekte sagte, 75 Proz. der Bauern verkaufen kein Getreide, nur 25 Proz. Das stimmt nicht. Man muß nur sehen, wie der kleine Bauer seinen Centner Getreide zur Stadt oder zur Mühle fährt. Wer eine Postlage der Landwirtschaft bestreitet, ist auf falschem Wege. In den Distrikten des Ostens hat der Rotstand begonnen und sich fortgesetzt dort, wo der Zuckerrübenbau stark betrieben wird. Die Bodenverhältnisse sind sehr verschieden, infolge dessen die Erträge. Viehzucht kann man doch in der Mark Brandenburg nicht so treiben wie anderwärts, weil der Boden der Mark nicht das nötige Futter ergibt. Der Kleinbesitz kämpft einen Verweilungskampf, besonders im Südbereich von Ostpreußen, wo es Boden adter Klasse giebt. Wo es Naturallohn für die landwirtschaftlichen Arbeiter giebt, sinkt doch dann der Naturallohn, wenn der Getreidepreis sinkt, denn diese Arbeiter verkaufen das in Naturallohn erhaltene Getreide, um Petroleum u. z. zu kaufen. Die jetzigen Handelsverträge haben günstig für die Industrie gewirkt, nicht so für die Landwirtschaft, der es nicht gut geht. Die Regierung treibt nicht Brotwucher, denn die vorgeschlagene Erhöhung des Zolles würde, wenn sie den Preis um ihre volle Höhe verteuerte, auf das Hundstündchen dreiwertel Pfennig ausmachen, auf den Centner 75 Pfennig. Aber das Ausland trägt einen großen Teil des Zolles. Der Tarif ist auch nicht nach Willkür aufgebaut, wie der Abg. Heim sagte. Ich frage den Abgeordneten: Hält er den Entwurf nicht für bedeutend besser als den bisherigen Tarif? Ich würde die Interessen der Landwirtschaft nicht recht vertreten, wenn ich noch weiter gehen wäre; dann würde ich meine Pflicht nicht erfüllt haben. Ich habe nie in meinem Leben Opportunität getrieben, aber es ist nicht möglich, den Besitzern der schlechtesten Bodenklassen zu helfen.

Nach der Mittagspause erhält das Wort v. Komierowski (Vole), der für die Erhöhung der Getreidezölle, wie sie die Regierungsvorlage vorsieht, eintritt.

Fischbeck: Der Kompromißantrag hat zwar eine Gegenklärung des Staatssekretärs gefunden. Aber aus Prähaugungen der Kompromißparteien klingt heraus, als ob diese Erklärung sich auf den Antrag als Ganzes erstreckte, aber für einzelne Positionen desselben nicht bindend sei. Demgegenüber ist eine Deklaration des Staatssekretärs notwendig. Der Doppelantrag ist unzulässig. Der Landwirtschaftsminister v. Bobbertz hat die alte Behauptung wieder aufgestellt, daß das Ausland die Zölle trage. In den Motiven des Entwurfs steht das Gegenteil (S. 52), die widerlegen schon den Minister. Es ist absoluter Unsinn, zu behaupten, daß nur die Bäcker das Brot verteuern. In Berlin wird die Verteuerung, pro Jahr ca. 12 Millionen Mark betragen. Fürst Hohenzollern legte im Reichstage das Gegenteil, was hier der Landwirtschaftsminister bezüglich der kleinen Bauern sagte, nämlich, daß ca. 1/3 aller Landwirte gar keinen Vorteil von der

Erhöhung der Getreidepreise durch höhere Zölle haben. Wenn die Brotpreise nicht durch den Zoll verteuert werden, wie die Agrarier behaupten, so wundern wir uns, warum uns das Centrum so lebhaft unterstützt hat, als wir die Aushebung städtischer Zölle, die die Preise ebenfalls verteuern, verlangten. Der Kompromißantrag hat keine wesentliche Bedeutung mehr, es bleibt für uns nur die Regierungsvorlage zu bekämpfen, auf die sich die Kompromißler schließlich noch einigen werden. Das Volk läßt sich viel bieten, aber wenn es die Verteuerung erst empfindet, wird es sich empören darüber, dann kann es zu dem großen Kladderadatsch kommen, der so sehr von verschiedenen Seiten gefürchtet wird. Wir ziehen nach den gehörigen Ausführungen unseren Antrag zurück, da wir für noch niedrigere Zölle sind.

Gäbel (Antisemit): Troßdem ich nicht zu den Kleinbauern gehöre und guten Boden zur Verfügung habe, muß ich doch sagen, daß die kleinen Landwirte in Postlage sich befinden. Das in Grund und Boden investierte Kapital muß doch verzinst werden können; da müssen die Preise für landwirtschaftliche Produkte entsprechende sein. Der Kompromißantrag ist eine Mittelmühle, die innegehalten werden sollte. Deshalb habe ich ihn mitunterzeichnet. Es sind im Tarif so viele Positionen für landwirtschaftliche Produkte noch enthalten, die uns Landwirte so stark interessieren, daß wir alles thun werden, den Tarif zu Stande zu bringen und uns auf die Regierungsvorlage zurückziehen werden, troßdem ich den Kompromißantrag mitunterzeichnet habe.

Schaffmeister v. Thielmann: Auf die Anregung Fischbeck's glaube ich im Namen des Staatssekretärs Posadowsky die Erklärung abgeben zu können, daß die Erklärung der Regierung sich sowohl auf das Ganze, wie die einzelnen Positionen des Kompromißantrags resp. auf die hier zur Beratung stehenden vier Getreidearten bezieht.

v. Kardorff: Das System Caproti hat die Not der Landwirtschaft erhöht, auch in die Industrie ist ein großer Krach gekommen. Redner polemisiert dann gegen Bebel und hofft am Schluß seiner Rede, daß die eben gehörte Erklärung des Staatssekretärs noch keine definitive sein werde.

Sieg: Die Erklärung des Staatssekretärs hat uns überrascht, sie wird die Popularität, die er in landwirtschaftlichen Kreisen besitzt, sehr vermindern. (Heiterkeit.) Es geht danach eigentlich nicht mehr viel zu reden, aber ich habe hier Ausführungen gehört, auf die ich als praktischer Landwirt einiges erwidern muß. Redner spricht dann von der Bewirtschaftung seines Besitzes und den Zuständen in Ostpreußen. Es ist doch klar, daß die Regierung das letzte Wort noch nicht gesprochen hat. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

28. Sitzung der Zolltarifkommission. Berlin, 26. Februar.

v. Wangenheim erstattet zunächst Bericht über die zu den Getreidezöllen eingegangenen Petitionen.

Graf Schwerin: Nachdem gestern der Staatssekretär ohne Not die schroffe Erklärung des Grafen Posadowsky gegen den Kompromißantrag zu überbieten gesucht hat, fällt es mir schwer, die Angelegenheit noch weiter zu besprechen. Ich thue es aber, damit Irrtümer im Lande nicht für bare Münze genommen werden, die hier in der Debatte hervorgerufen sind. Redner polemisiert dann gegen die Abgeordneten Gothein und Bebel und bezieht sich dabei auf die englische Enquete über die Landwirtschaft in den Jahren 1893/97. Nach dieser sei die Kleinwirtschaft auf dem Aussterbe-Etat und die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter habe sich trotz Zunahme der Bevölkerung vermindert. Die Rentabilität der Landwirtschaft gehe zurück. In Dänemark sind die Güterpreise in den letzten zwei Jahrzehnten ungemein gefallen, für die kleineren Betriebe um 88 Proz., für die größeren um 22 Proz. Wer eine solche Bewegung als musterhaft empfiehlt oder unterhält, hilft die Kultur des Bodens vernichten. Das möchte ich besonders den Herrn Sozialdemokraten sagen. Die Bildung von Latifundien ist zu allen Zeiten ein Beweis für den Niedergang der Landwirtschaft gewesen; viele wirtschaftliche Kräfte des Staates verfielen dabei der Auflösung. Eine solche Auflösung muß man zu verhindern suchen, daher die Zollforderungen. Redner befreit, daß die Preise der mit höheren Zöllen belegten Waren um den Betrag des Zolles verteuert würden. Es handelt sich nicht um eine Steigerung, sondern eine Erhaltung der Getreidepreise, damit die Produktionskosten getragen werden können. Dem Antrag Geiger und Genossen stehe ich nicht so unsympathisch gegenüber. Sollten die Preise der Lebensmittel wirklich gesteigert werden durch den neuen Zolltarif, so würde das einer Arbeiterfamilie höchstens 16 Mark pro Jahr kosten. Sollten das die Arbeiter wirklich nicht tragen können? Die Industriellen könnten sich, wenn die Arbeiter aus falscher Darstellung der Sache zu Lohnforderungen kämen, vor ungebührlichen Lohnforderungen schützen, wenn sie die minimale Steigerung der Lebensmittelpreise durch Lohnzulage in der von mir berechneten Höhe freiwillig ausgleichen. (Heiterkeit.) Aus der Haut der Landwirtschaft dürfen nicht wieder Nieten für die Industrie geschmitten werden. Ich bedauere, daß der Staatssekretär des Innern das Argument nicht verschmäht hat, daß der Abschluß von Handelsverträgen gefährdet werde; wenn der Roggenzoll statt 5 Mark — 5 Mark 50 Pfennige betragen würde. Die Haltlosigkeit dieser Einwände könnte mehrfach nachgewiesen werden, aber unter den jetzigen Umständen kann den Einwänden nur durch den praktischen Versuch mit Erfolg begegnet werden. Der Kompromißantrag stellt nur eine Vermittlung dar, was die Mehrheit der Kommission zur Hilfe der Landwirtschaft für nötig gefunden hat. Darum bedauere ich, daß entgegen allen bisherigen Gebräuchen in diesem frühen Stadium der Beratung der Staatssekretär eine so schroffe Erklärung gegen unseren Antrag abgegeben hat, ohne unsere Gründe für den Antrag vollständig zu kennen. Einer abermaligen langfristigen Bindung durch Handelsverträge gehen wir ein Scheitern der Vorlage der Regierung vor; die Verantwortung dafür muß die Regierung tragen, die nur eine Minderheit, und noch dazu eine demokratische zur Seite hat.

Handelsminister Müller: Leider sind die Staatssekretäre verhindert, hier zu erscheinen. Aber die eben gehörte Rede erfordert eine Erwiderung. Man könnte höchstens die Kürze und den Wortlaut der Erklärung zum Gegenstand eines Vorwurfs machen. Aber ich stehe auch auf dem Standpunkt dieser Erklärung, die wir nach Pflicht und Gewissen abgeben mußten, da nach Ansicht der Regierung mehr nicht zu erreichen ist, als in dem Mindesttarif der Vorlage niedergelegt ist. Wenn ein Zollkrieg entstände, würden wir wohl unsere Bedürfnisse immer noch decken können durch Bezüge vom Ausland, aber unsere Ausfuhr würde leiden; das müßte eine wirtschaftliche Misere nach sich ziehen. Eine gleitende Skala für Getreide ist gefährlich, die Erfahrung in anderen Ländern lehrt das. Ganz besonders trifft unsere Erwägung bezüglich des Mindestzollens von 5 Mark Zoll für Roggen zu; über diesen Sach hinaus ist nichts zu erreichen. Fehlerhaft war es, daß man seiner Zeit mit Rücksicht auf schlechte Konjunkturen den Roggenzoll von 5 Mark auf 8 1/2 Mark herabsetzte; solche Aktionen sollte man nur im äußersten Falle unternehmen. Nun fällt es mir so schwer, das Aufgegebene zurückzugewinnen. Ich bin ein überzeugter Verteidiger der Getreidezollerhöhung und habe die Frage von Standpunkt des Allgemeininteresses betrachtet. Eine Steigerung des Getreidepreises im Reiche halte ich für möglich. Ich bitte die Herren von der Landwirtschaft dringend, zu bedenken, ob das in der Vorlage für Sie Gebotene nicht sehr annehmbar und wertvoll ist. Weisen Sie die gebotene Hand der Regierung zurück, dann laden Sie mehr Schuld auf sich, als Sie der Regierung aufladen wollen. Geheimrat Bernuth ergänzt die Ausführungen des Vorredners und polemisiert gegen Graf Schwerin und Heim. Be-

züglich der Gerste wird der Landwirtschaft gedient, wenn diese, wie andere Futtermittel, billig ins Land eingeführt werde.

Nachmittagsitzung.

Stadthagen: Unser Antrag, den Graf Schwerin berührte, ist mit Rücksicht auf die Notstandspreise eingebracht worden. Wird er angenommen, dann würde der Zolltarif so gestaltet, daß er keine Gefahr mehr ist. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er im Sinne des Grafen Schwerin aufzuheben sei. Doch darüber werden wir uns später unterhalten; er ist ja zurückgestellt worden. Die dänischen landwirtschaftlichen Verhältnisse leiden unter der deutschen Absperrung der Fleischfuhr, die von den Agrariern verlangt wurde. Ich kann mich nur wundern, daß der Graf Schwerin den deutschen Arbeitern empfahl, so zu leben, wie die landlichen, meist polnisch-russischen Arbeiter im Osten. Das sollten die Agrarier an ihrem eigenen Leibe versuchen. Dann sprach der Herr von einer demokratischen Minderheit, die der Regierung zur Seite stände. Sind wir hier auch in der Minderheit, im Lande steht die Mehrheit hinter uns, das beweisen dort die Berge von Petitionen mit über 4 Millionen Unterschriften. Die Mehrheit des Volkes ist gegen die Politik der Regierung und deren Vorlage. Bezüglich der Erklärung des Grafen Posadowsky steht fest, daß sie vom Abg. Herold geradezu verlangt wurde. Man kann es nur begriffen, daß behufs gründlicher, sachlicher und schneller Erledigung der Vorlage, die Regierung sofort eine Erklärung abgegeben hat, das trägt zur Begünstigung agrarischer Ostruktion bei. Uebrigens ist der Kompromißantrag mehr nur ein Interim zwischen Ihnen und der Regierung; das konnten Sie auch ohne Kommission abmachen. Hier kommt nur die Vorlage ernstlich in Betracht. Das Centrum steht auf entgegengelegtem Standpunkte wie der Abg. Windthorst im Jahre 1887, der allerdings der Meinung war, daß der Zoll den Preis des Getreides verteuere. Die kleinen Landwirte werden geradezu ruinirt durch die Zölle, nur die Großgrundbesitzer ziehen daraus Vorteil. Auch der Centrumsabgeordnete Wasserroth war gleicher Ansicht. Wie anders heute das Centrum. Sie sollten nur zur Wahl stehen — den Wählern müßte die Angelegenheit zur Entscheidung vorgelegt werden — dann kämen Sie in geringerer Zahl wieder in den Reichstag. Der Getreidezoll wirkt verheerend unter den Arbeitern. Die Zukunftslosigkeit des Grafen Schwerin bezüglich seines Wunsches, die Industriellen sollten den Arbeitern die 16 Mk. — die er merkwürdigerweise nur als Mehrausgabe für Brot für eine Arbeiterfamilie ausgerechnet hat — in höheren Löhnen geben, müßte den Arbeitern nicht. Aber ein geht aus der Versicherung hervor, daß nämlich die Arbeiter in derselben traurigen Lage bleiben sollen, wie jetzt. Nach ihm haben die Arbeiter keinen Anspruch auf eine Besserstellung ihrer Lage. Die Brotsteuer wirkt progressiv nach unten, das, was die Arbeiter mehr zahlen müssen, beträgt viel mehr und es wäre möglich, wenn Sie den Arbeitern Ihre Rechnung aufmachten, daß Sie die Antwort bekämen: Ja, da gleicht ja der Gesetzgeber einem Räuber, der mir 40 Mk. abnimmt und mir darauf 40 Pfg. schenken will. Als jetzt hat man immer nur über den Kompromißantrag und die Regierungsvorlage geredet, aber unseren Antrag unberücksichtigt gelassen, der das Getreide zollfrei lassen will. Für die Arbeiter ist es gleich, wer den Vorteil zieht, ob Zwischenhändler oder Großgrundbesitzer, die Arbeiter müssen den Schaden tragen. Wie ungerecht ist also diese Liebesgabepolitik! Die Verteuerung würde doch nicht führen, daß die Brot- und Fleischpreise durch Kartellbildung erhöht würden. Entwertung, Entkräftung der Arbeiter und infolge dessen Schädigung der industriellen Arbeit müßte die Folge davon sein. Der Alkoholismus und die Kriminalität würde gesteigert werden. Darüber muß sich jeder klar sein. Auch Krankheiten — Hungertyphus u. z. — sind Begleiterscheinungen der Getreideverteuerung. In England hat die Tuberkulose zugenommen seitdem die Getreidezölle gefallen sind. Die Bekräftigung des Volkes muß leiden. Es ist nicht wahr, daß die bayerischen Landarbeiter, wie Heim sagte, die kräftigsten Leute seien. Nach Angaben der bayerischen Kriegsverwaltung im Landtage hat die Bekräftigung der landlichen bayerischen Bevölkerung abgenommen. Sogar auf die Geburtenziffern haben die Getreidezölle schädlichen Einfluß, wie die Statistik bestätigt. Der Geburtenüberschuß steigt mit der Verminderung des Brotes. Die Verteuerung des Brotes fördert die Kindersterblichkeit. Der Getreidezoll beschneidet, unterschreibt Todesurteile für Kinder der Armen. Hat man im Wirtschaftslichen Ausnahmefall über diese Dinge nicht geredet? (Wut.) Ja, meine Herren, Sie reden für die „Notleidenden“, die 10 000 Mark Einkommen haben, ich rede für die wirklich Notleidenden, die höchstens 900 Mark Einkommen haben, denen immer neue Lasten aufgeschuldet werden sollen. Davon kann nicht die Rede sein, daß diesen Renten freiwillig die Löhne erhöht werden; wo ist das vorgekommen? (Lachen.) Sie lachen über die wirklich Notleidenden, die oft von den größten Grundbesitzern mit den schlechtesten nationalerbärmlichen Löhnen bezahlt werden. Auf die Getreidezollerhöhung muß eine Kampferiode von höheren Löhnen kommen; darauf müssen Sie gefaßt sein, wenn Sie das Brot verteuern. Christlich ist das nicht, wenn der Arbeiter von seinem wenigen noch etwas an die Reichen abgeben soll. Wie steht es nun mit dem Mittelstand, den Kleinhandwerkern, den kleinen Beamten, wenn die Getreidezölle erhöht werden? (Graf Kanitz: Die müssen verhungern, wenn's der Landwirtschaft schlecht geht.) Ach Gott, den 25 000 Großgrundbesitzern geht es nicht schlecht, die nach weiteren Vorteilen haschen. Aber den kleinen Bauern geht es heute schon nicht gut, und die bekommen nichts von der künstlichen Verteuerung des Getreides. Der Mittelstand hat aber die gleichen Nachteile, wie die Arbeiter. Den Handwerkern wird Arbeit fehlen, wenn den Arbeitern die Arbeitsgelegenheit durch die Brotverteuerung verringert wird. Der Export wird leiden und auch der Konsum im Inlande; die Produktion wird verringert. Das Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ verlegt vor dieser Thatsache; die industrielle Reservearmee muß wachsen. Das drückt auf die Löhne; die großkapitalistischen Unternehmen können mit den Arbeitern Fangball spielen. Die Regierung darf man fragen, warum sie nichts ins Gesetz geschrieben hat, daß keine Wucherlöhne gezahlt werden dürfen. Die landlichen Arbeiter bekommen ein so erbärmliches Deputat, daß sie sich davon nicht satt essen können. (Lärm.) Ich bin in der Lage, Arbeitsverträge aus landlichen Kreisen Ihnen vorzulegen, die dies bestätigen. Nun noch eine Bemerkung bezüglich der Minimalzölle. Der Staatssekretär erklärte, der Mindesttarif involviere keine Verfassungsänderung. Und doch ist dies der Fall. Das jetzige Recht des Kaisers, wie es im Artikel 4 und Artikel 11 der Verfassung festgelegt ist, wird durch Minimalzölle, die Sie beschließen, beschränkt. Ich will darum konstatieren, daß die Vorlage der Regierung den Kaiser in der Abschließung von Handelsverträgen beschränkt und nötigt, das zu thun, was Sie beschließen. Vom staatsrechtlichen Standpunkt freue ich mich außerordentlich darüber. Und noch mehr darüber, daß die Regierung zur Befriedigung der Wünsche der Agrarier dem Kaiser das Obium der Getreidezollerhöhung und der Erleichterung von Handelsverträgen zuschiebt. Sie thun dies, die Sie stets behaupten, den Kaiser und seine Rechte zu schützen. Dadurch wird bestätigt, daß die Junker herrschen und der Kaiser regiert. Das Sie thun, bedeutet eine Abdrückung der Macht des Monarchentums, aber nicht zum Nutzen sondern zum Schaden der Allgemeinheit, aber zum Nutzen des Agrarier- und Junkertums. Das Centrum bitte ich nochmals dringend, sich zu überlegen, was es thun will, es mag seine Stellung nach den früheren Verhandlungen des Reichstages bemessen, wo es auf entgegengelegtem Standpunkt stand.

haupt hat. Die Herren, die gestern der Verhandlung beigewohnt haben, werden mir bezeugen, daß von einer Scharfheit nicht die Rede sein kann. Gegen diesen Vorwurf muß ich mich entschieden verwahren; ich konnte nur eine sachliche Deklaration der Erklärung des Staatssekretärs Graf Posadowsky geben.

Paasche behauptet, daß Graf Schwerin die Erklärung abgegeben habe, wenn der Kompromißantrag nicht angenommen werde, sähe er lieber die Vorlage der Regierung scheitern. Das verschärft unendlich die Situation. Redner polemisiert gegen Stadthagen. Er habe noch kein Kind sterben sehen, weil die Getreidepreise erhöht worden seien. Wenn bloß wenige in der Landwirtschaft Not litten, dann würden wir und die Regierung uns nicht um höhere Preise bemühen. Ich selbst sehe bei meinen 400 Hektaren Grundbesitz jährlich 10000 Mk. zu. Der Landwirtschaft muß im allgemeinen aufgeholfen werden. Im Namen der Mehrheit meiner Fraktionsgenossen kann ich sagen, daß wir zur Sicherung des Absatzes von Handelsverträgen und auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. Wir hoffen, daß bis zur 2. Lesung noch eine Verständigung auf dem Boden der Vorlage erzielt wird.

Geheimrat Dr. Müller (sächsischer Bundesratsbevollmächtigter): Es ist die Verwunderung ausgesprochen worden, daß ein sächsischer Regierungsvorsteher noch nicht zu dem Kompromißantrag sich geäußert habe. Die sächsische Regierung steht auf dem Boden der Vorlage und schließt sich der Erklärung des Grafen Posadowsky an.

Spahn: Die Erklärung der Regierung ist — abgesehen von ihrer Form — für uns erstaunlich gewesen, weil sie ein parlamentarischer Zusammenarbeiten zwischen Reichstag und Bundesrat im Sinne der Verfassung ignoriert und eigentlich ausschließt. Aber wir haben deshalb keine Ursache zu streifen. Für meine Freunde darf ich die Erklärung abgeben, daß wir auch in der 2. Lesung auf unserem Antrag bestehen. Jedenfalls wird der Reichstagler, nachdem wir in der 1. Lesung den Antrag angenommen haben, nach diesem befristeten Beschluß erst eine Erklärung abgeben lassen, die wir erst hören müssen. Aus der gegebenen Erklärung Posadowsky hören wir heraus, daß Roggen- und Gerstenzölpreise in unseren Antrag von der Regierung beanstandet wurden, bezüglich des Weizens und Hafers hörten wir erst nichts. Nur die nachfolgenden Erklärungen anderer Minister haben die Situation unnötig verschärft. Das braucht uns aber nicht abzuhalten, weiter zu arbeiten und unsere Beschlüsse zu fassen, die dann dem Bundesrat vorgelegt werden müssen. Redner geht dann auf Österreichische und russische Verhältnisse ein und wendet sich dann gegen Stadthagen. Das Centrum habe stets die Verhältnisse der Arbeiter zu bedenken; ohne das Centrum wären die sozialpolitischen besseren Gesetze nicht vorhanden.

Paasche meint, Abg. Spahn habe seiner Erklärung des Wörtchens wahrheitsgemäß die Spitze abgebrochen. Redner wendet sich dann im allgemeinen gegen die agrarische Begründung des Kompromißantrags. Die Industrialisierung Deutschlands schreite so fort, daß — wenn die Agrarier jetzt noch einmal ihren Willen durchsetzen würden — doch später die Krise kommen müsse und die Landwirtschaft dann um so schwerer getroffen werde. Die erste Folge unseres Vorgehens sehen wir im Schweizer Posttarif. Zum Teil mag er mit Rücksicht auf die Schweizer Finanzen aufgestellt sein, aber zweifellos hat unser Beispiel anstößend gewirkt. Was die betonte kompakte Mehrheit in der Kommission anlangt, so glaube er nicht, daß das Centrum die Regierung im entscheidenden Augenblicke im Stiche lasse. Warte man aber auf Zugang aus der Linken für die Regierungsvorlage, so irre man sich bezüglich seiner Partei. Die Regierungsvorlage sei für seine Partei unannehmbar. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen acht Stimmen angenommen.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, weil Graf Schwerin in einer persönlichen Bemerkung sachliche Bemerkungen mit Zustimmung des Vorsitzenden auspricht.

Zu der Abstimmung wird der Antrag Bebel und Genossen mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Fischbeck-Gotthein ist durch diese Abstimmung erledigt. Dann folgt die Abstimmung über den Kompromißantrag. Alle Positionen desselben werden einzeln angenommen und zwar mit 14 gegen 10 Stimmen. Zwei Mitglieder, v. Wangenheim und Helm enthielten sich der Abstimmung. Zwei waren nicht anwesend. Dementsprechend wurden auch die vier ersten Positionen des Tarifs geändert.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.
Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Bericht des Zentralkomitees für das Königreich Sachsen.

Nachdem der Bericht unter der Rubrik „Allgemeines“ die gegenwärtige Lage in Sachsen besprochen, geht er über zu dem Kapitel

Agitation.

Das im verflochtenen Jahre bei der sich nötig machenden umfangreichen Agitation die kleinliche sächsische Rabenstichpolitik unserer ständigen Begleiter vor, daran wird kein Parteigenosse zweifeln. Versammlungsverbote und Auflösungen, Wortentscheidungen und Strafandrohungen, Einschüchterungen der Wirte und Lokalentstellungen, Militärboykott und eifrige Fahndungen nach Minderjährigen — dieses bunte Bild sächsischer Autoritäten belebte sich wie üblich und es würde zu weit führen, wollten wir hier auch nur einen Teil dieser Maßnahmen wiedergeben. Die wunderbarsten Begründungen bei Bescheidabgaben sind zu verzeichnen, wir sind daran gewöhnt, weil es eben — stereotype Einrichtungen Sachsens sind. Und hat dieser ganze Apparat vermocht, uns etwa auch nur im geringsten in unserer Agitation zu hemmen? Wir behaupten: Das Gegenteil von der erhofften Wirkung ist eingetreten: die Agitation ist dadurch belebt worden! Die innere weitere umfänglichere tiefgehende Unzufriedenheit über die schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Zustände ist eben mit den gewöhnlichen Polizeireglementen und mit Strafverfügungen nicht zu bekämpfen. Die Naturnotwendigkeit liegt dieser Unzufriedenheit zu Grunde, sie macht sich eben Luft, kann sie es nicht nach der einen Richtung hin, dann aber sicher nach der anderen; die letzte Zufluchtsstätte aber Wehrkräften ist eben unsere Partei. Daran können nur politisch kurzfristige Kreaturen zweifeln.

Im Vordergrund der Agitation stand und steht ja auch heute noch der energische Kampf gegen die Unerträglichkeit der deutschen Großgrundbesitzer, der Kampf des Volkes um sein Brot! Die sächsische Sozialdemokratie war sich der Tatsache bewußt, daß sie innerhalb der grün-rothen Grenzpfähle die alleinige Oppositionspartei gegen die Lebensmittelverteuerung darstellt und das Vertrauen des sächsischen Volkes dadurch am besten rechtfertigt, wenn sie unerträglich und zielbewußt auf dem Plane erschien und der Habgier der Agrarier Einhalt gebot. Die radikalsten bürgerlichen Parteigruppen können den Drotwucher nicht wirksam bekämpfen, sie sind zu schwach und hinter einigen zahllosen Feldweibern von ihnen stehen keine Soldaten mehr — sie haben ihre Wiederbelebung auch längst aufgegeben. Die Gesichtslinie in diesem Kampfe war klar: Hier die Sozialdemokratie mit dem Volke — dort die einflussreiche konservative Hofschleife mit dem Idenbischen antisemitischen Anhängsel. Hier die Parole: Nieder mit dem Lebensmittelwucher! — dort: Soch die Volkspolierung! Ein frischer Kampf der neuen gegen die alte Volkshausung. Und wahrlich: Wir haben uns tapfer geschlagen. Die alten sowie die jungen Kräfte in unserer Partei weitestgehend in edler Begeisterung im Vorwärtsstreifen! Die Indifferenten aufzuklären, die Bankrottstümpfen zum Stehen zu bringen, die Hoffnungslosen mit neuem Mut zu beleben. Männer und Frauen dabei mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, dies war unsere schöne Aufgabe. Sehen wir zu, wie wir dieser Aufgabe gerecht geworden sind:

Versammlungen wurden gegen den Drotwucher abgehalten:

87 im Dresdener Bezirk mit ungefähr	46000 Besuchern
21 „ Leipziger „ „ „	24000 „
51 „ Chemnitzer „ „ „	29500 „
47 „ Zwickauer „ „ „	26600 „

206 Versammlungen mit ungefähr 126100 Besuchern.

Unterschriften gegen den Drotwucher wurden abgegeben: Im

1. Kreise	14455	12. u. 13. Kreise	118908
2. „	15671	14. Kreise	8329
3. „	7191	15. „	22187
4. „	12132	16. „	89521
5. „	23185	17. „	24727
6. „	81434	18. „	38862
7. „	9508	19. „	28691
8. „	8126	20. „	13699
9. „	7824	21. „	8180
10. „	15804	22. „	22061
11. „	7620	23. „	11800

In Summa 482800 Unterschriften! Das ist eine Verurteilung des Drotwuchers durch den Richterspruch des Volkes. Leider muß aber auch konstatiert werden, daß mehrere Reichstagswahlkreis-Organisationen ihre Pflicht bei dieser Protestbewegung nicht so erfüllt haben, wie wir wohl verlangen konnten. Das Resultat wäre noch bedeutend besser geworden, wenn man sich Mühe gegeben hätte, zum mindesten unsere Stimmenzahl durch die Zahl der Unterschriften ganz bedeutend zu übertreffen. Das vom Zentralkomitee auf Beschluß der letzten Landeskonferenz herausgegebene Flugblatt „An Sachsens Volk“ ist in einer Auflage von 740000 Exemplaren in allen Kreisen verbreitet worden. Außerdem ist das vom Parteivorstand in Berlin herausgegebene Flugblatt „Was kosten uns die Junker?“ in einer Reihe von Wahlkreisen ebenfalls in beträchtlicher Auflage zur Verteilung gelangt.

Damit war aber der Kampf gegen den Drotwucher noch nicht erschöpft. Unzählige gemerzte Versammlungen (im Dresdener Bezirk allein 34) wurden von sozialdemokratischen Rednern aufgeführt, um auch dort unsere Ideen zum Ausdruck zu bringen. Alles in allem: Die Aufmunterung der indifferenten Masse ist bei der Diskussion über die Getreidehochpreise von der sächsischen Sozialdemokratie eifrig besorgt worden.

Im Zusammenhang mit einer so umfassenden Agitation stand auch die Referentenfrage. Es ist selbstverständlich, daß alle rednerisch tätigen Parteigenossen auf dem Posten waren. Doch bei so vielen Versammlungen ist die Besorgung von Rednern äußerst schwierig, schon deswegen, weil fast alle Versammlungen unter der Landbevölkerung nur Sonnabends und Sonntags stattfinden können. Das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees hat öfters über die Referentenbesorgung verhandelt und man einigte sich dahin, die Redner der einzelnen Komitees möglichst auszuweichen. Auf diese Weise konnte alles glatt erledigt werden, keine einzige Beschwerde ist in dieser Hinsicht im verflochtenen Jahre erhoben worden.

Der bei der Landbevölkerung auf einem lieben Freunde geordnete Agitations-Kalender ist ebenfalls wieder in einer Auflage von 90000 Exemplaren verbreitet und überall gut aufgenommen worden. Notwendig ist es, daß ihm die einzelnen Kreise mehr Beachtung schenken, namentlich im laufenden Jahre, wo er uns zu den nächsten Reichstagswahlen ganz gute Dienste leisten wird. Der Preis ist ja auch so niedrig gestellt, daß man wahrhaftig nicht nötig hat, allzu knauserig mit diesem guten Agitationsmittel zu sein.

Die Flugblätter, die anlässlich der Landtags- und Gemeinderatswahlen verbreitet wurden, belaufen sich ebenfalls auf viele Hunderttausende. Versammlungen zu diesen Zwecken fanden auch überall statt, wo wir uns an diesen Wahlen beteiligten.

Um die Beschlüsse des Mainzer Parteitags zur Ausführung zu bringen, insbesondere um die Forderung des geschlossenen Arbeitermenschentums eifrig zu propagieren, fanden eine ganze Anzahl von Arbeiterinnenversammlungen in fast allen größeren Industriorten Sachsens statt. Durch diese Agitation sind die politischen sowohl als die gewerkschaftlichen Organisationen durch weiblliche Mitglieder verstärkt worden. — Wir sehen also, daß in Bezug auf agitatorische Leistungen das verflochtene Jahr eines der erfolgreichsten war.

Die Mairfeier

In Sachsen reihte sich würdig ihren Vorgängerinnen in früheren Jahren an. Sie verlief in der imposantesten Weise. Alle Forderungen des durch den wirtschaftlichen Niedergang der Arbeiter gegenüber hochmütig gewordenen Unternehmertums haben nicht vermocht, die Arbeiter von der Feier abzuhalten. Die Vormittagsversammlungen in den Industriezentren waren überall voll und die Abendveranstaltungen in den Arbeiterlokalen gestalteten sich ebenfalls zu schönen Demonstrationen für den Achtstundentag. Eine erhöhte Bedeutung gewann im verflochtenen Jahre die Mairfeier dadurch, daß überall gegen die ruffische Gewaltmaßnahmen und gegen das sächsische Dreiklassenwahlrecht protestiert wurde. Daß Maßregelungen wieder vorliefen, ist eine alte stets wiederkehrende Erscheinung, daran ist die Arbeiterklasse gewöhnt, aber ebenso weiß sie den vielen Probationen aus dem Wege zu gehen. Der Dresdener Polizei war es vorbehalten, eine hervorragende Probe von staatsverfehltem Eifer an diesem Tage zu bestehen. Weil die Feiern den sich in zwanglosen Gruppen nach dem nahen Kloßschloß hegeben wollten, sperrte man die einzige Hauptausgangstraße nach dort ab und konstruierte sich auf diese Weise einen „Demonstrationszug“, den man vorher verboten hatte. Ein starkes Aufgebot von Kriminalbeamten notierte eifrig eine große Anzahl von Spaziergängern und von diesen wurden alsdann 29 vor Gericht gestellt, die sich wegen Vergehens gegen unser „Jubiläum“ sowie wegen Übertretung einer Polizeiverordnung zu verantworten hatten. Selbstverständlich wurden sie durch alle Instanzen hindurch verurteilt und zwar zu den hohen Geldstrafen von 50 bis 150 Mk. oder entsprechender Gefängnisstrafe. Doch auch damit hat man dem Dresdener Proletariat die Wiebe zur Mairfeier jedenfalls nicht aus dem Herzen gerissen. Diese wird in Zukunft genau so würdig gefeiert werden, wenn man auch dem Druck entsprechend eine andere Form für sie wählt. Auch die Leipziger Polizei ist an diesem Tage nicht müde. Sie trug durch einige Straßenabsperungen dazu bei, daß die 8000köpfige Menge von Feiern gerade in die besten Industrieviertel gedrängt wurde und dadurch erreichte ja gerade die Demonstration ihren Zweck vollständig.

Die Mairfeier ist der Massenbewußten Arbeiterschaft in Fleisch und Blut übergegangen und wird sich von Jahr zu Jahr großartiger gestalten.

(Fortsetzung folgt.)

Vereine und Versammlungen.

Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.

Am 21. Februar konnte im Restaurant Zwei Linden eine öffentliche Fabrikerversammlung der Firma Mey u. Eblisch in Leipzig-Plagwitz. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Wohl das Wort, der den jahrelangen Versammelten in trefflicher Ausföhrung den Wert einer Organisation vor Augen führte. Darauf folgte eine lebhafteste Diskussion. Im 2. Punkt kamen die Lohnabläge bei der Firma Mey u. Eblisch zur Sprache. Hierbei kamen Löhne an Tage, über die man einfach staunt. Zum Beispiel ist den Mädchen für 1000 Krogen leichteren ein Lohnabzug von 20 Prozent zu teil geworden. Dieser Abzug ist aber schon vor vier Wochen geschehen. Es wurde den Betroffenen die Schuld selbst zugeschoben, weil sie für keine Organisation zu haben sind, so müssen sie sich

berartige Abzüge gefallen lassen. Ferner waren noch in anderen Sälen Abzüge gemacht worden. Eine Arbeiterin erklärte, daß sie noch nie mehr als 7 Mk., am letzten Lohnstage sogar nur ganze 5 Mk. erhalten habe. Auch die Beschäftigten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Frau Lehme führte den Arbeiterinnen ihre traurige Lage recht gut vor Augen und erinnerte daran, daß der Direktor gesagt habe, eine Arbeiterin könne mit 8 Mk. Lohn ganz gut auskommen; dafür könne sie sogar noch bei fremden Leuten wohnen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen von Mey u. Eblisch mißbilligt entschieden die immerwährenden Lohnabzüge. Um diesen entgegenzutreten, verpflichten die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich der Organisation anzuschließen.

Öffentliche Arbeiterversammlung

am 22. Februar im Goldenen Adler zu Lindenau. Auf der Tagesordnung stand die Gründung einer Filiale des Deutschen Arbeiterverbandes und Wahl der Filialleitung sowie eines Vertrauensmannes für Minderjährige. Die Versammlung erklärte sich mit der Gründung einer Filiale einverstanden. Es werden sofort folgende Kollegen gewählt: Als 1. Bevollmächtigter Wötter, als Stellvertreter Wöhrling, als Kassierer Hornbogen und als Schriftführer Kraysch und Schröder, als Revisoren Herse, Becker, Schlebahn, und als Vertrauensmann für Minderjährige Hornbogen. Unter Gewerkschaftlichem Berichteten mehrere Kollegen der Firma M. Gerzog, daß sie nicht nach Leipzig bezahlt werden. Dieser Fall soll der Arbeiterkommission der Arbeitgeber unterbreitet werden. Ueber die Regelung der Unterstützungsfrage entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, weil nach sieben Monaten in dieser Angelegenheit kein Resultat erzielt worden ist. Der Vertrauensmann soll sich, nach den Vorschlägen verschiedener Redner, zu wenig um die Sache gekümmert haben. Auf Anregung der Leipziger Kollegen sollen die beiden Filialen im nächsten Jahr einen gemeinsamen Ball veranstalten. Die Versammlung ist damit einverstanden und beauftragt die Kollegen Wöhrling und Kleg, die Sache in die Hand zu nehmen.

Elise Waler- und Lackerer-Versammlung

wurde am 22. Februar im Bürgergarten abgehalten. Kollege Gugg erstattete Bericht vom Gewerbegericht. Außer den bereits in der Volkszeitung veröffentlichten Zahlen über die Anzahl der Klagen zc. wurden einige unserer Beruf besonders interessierende Streitfälle besprochen. Berigt wurde das Verhalten der Unterbeamten beim Gewerbegericht, die die Arbeiter zu bestimmten suchen, ihre Klagen fallen zu lassen, wogegen sie gar nicht beugt sind. Es wurde empfohlen, in zweifelhaften Fällen erst beim Auskunfts-Bureau Rat zu holen, bevor eine Klage eingereicht wird. — Hieraus erstattete das Agitationskomitee Bericht über die Maßnahmen, die es in Angriff genommen hat, um die Indifferenten zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Die Kollegen wurden aufgefordert, hierbei thätig mitzuarbeiten. Auch wurde empfohlen, die vom Hauptvorstand herausgegebene Geschäftsordnung zu beherzigen, um die Versammlungen sachlicher und interessanter zu gestalten. — Ueber die Unterstützung des Kollegen Hofer, der von der Firma Wagner u. Binzelen noch ausgeperrt ist, entspann sich eine Debatte, weil er sich nicht in den Arbeitsnachweis hat eintragen lassen. Die Regelung dieser Angelegenheit wurde dem Agitationskomitee überlassen. — Ein Antrag, den arbeitslosen Mitgliedern zum Stiftungsfest ein Freiprogramm zu gewähren, wird der Kommission zur Verlesung überwiefen. Zum Schluß wird noch bekanntgegeben, daß alle aus der Bibliothek entnommenen Vorlagen und Fachliteratur, Abt. K und L des Katalogs, bis nächsten Sonnabend den 1. März abzuliefern sind zwecks Ausstellung zum Stiftungsfest.

Die Modellstecher

Beschäftigten sich in einer am Sonntag den 28. d. Mts. im Coburger Hof tagenden öffentlichen Versammlung mit der Aussperrung der Berliner Kollegen. Der Vorsitzende schilderte die Entstehung dieser Aussperrung und verliest einen ausführlichen von Berlin zugelandten Bericht. An den Leipziger Kollegen liegt es, falls ihnen Berliner Arbeit zugemutet wird, ihren Berliner Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. In der Diskussion sind sämtliche Kollegen der Meinung, die Berliner zu unterstützen, was auch in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck kommt: „Die heutige im Coburger Hof öffentlich tagende Modellstecherverammlung beschließt, sämtliche Arbeit, die von Berlin kommt, zu verweigern und sich in diesem Falle mit den Berliner Kollegen solidarisch zu erklären.“ Zum 2. Punkt: Gewerkschaftliches, fordert der Vorsitzende die unorganisierten Kollegen auf, ihrer Pflicht nachzukommen und sich zu organisieren. Kollege Börner macht auf die zum 11. März stattfindende Holzarbeiterversammlung aufmerksam, worin über die Arbeitslosenunterstützung referiert werden soll. Auch die Holzarbeiterversammlungen im Coburger Hof, in denen lehrreiche Vorträge gehalten werden, muß jeder Kollege besuchen, um sich zu schulen und zu bilden.

Öffentliche Versammlung zu Büchena.

Eine vom Bund der Landwirte einberufene Versammlung tagte am 20. Januar im Restaurant zur Börse. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hatte ein Herr Matthes das Referat über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller deutschen Bauern übernommen. Wie vorausgesehen war, beschäftigte sich der Referent in der Hauptsache mit dem Posttarif, was die zahlreich erschienenen Arbeiter zu manchem Zwischenruf veranlaßte, zumal der Referent nicht im geringsten seiner Aufgabe gewachsen war. Er glaubte diese Angelegenheit mit einem auswendig gelernten Vortrage erledigen zu können, hatte jedoch die Rechnung ohne die anwesenden Arbeiter gemacht. In der Diskussion übernahm es Genosse Müller-Markantstadt, die Reden des Vortragenden Wort für Wort zu widerlegen. In unbarmherziger Weise nagelte er alle von dem Referenten auf den Kopf gestellten Thesen fest, an der Hand von Zahlen wies er den Anwesenden nach, daß nur der Großgrundbesitzer einen Vorteil von einem solchen Posttarif haben kann. Darob natürlich lange Geschrei auf Seiten der Landwirte. Der Vorsitzende verfuhr nun nach Müllers Rede die Redezeit auf 10 Minuten einzuschränken, mußte aber auf lebhaften Protest unserer Genossen davon absehen. Der Referent verfuhr dann, unserem Genossen Müller entgegenzutreten bezug, seine Ausführungen zu widerlegen, was ihm aber völlig mißlang. An der Hand einiger Beispiele ließ ihm dann nochmals Genosse Müller eine gründliche Abfuhr zu teil werden. Nachdem der Herr Landwirt wurde dies schließlich unangenehm. Nach einer weiteren kurzen Diskussion, in der konstatiert wurde, daß Herr Matthes nicht ein Wort von dem widerlegt hatte, was ihm von sozialdemokratischer Seite bewiesen war, verschanzte er sich hinter die Erklärung, keine Lust zu haben, sich länger mit uns herumzustritten. Diese Unfähigkeitserklärung wurde mit ungeteilter Heiterkeit aufgenommen. Im weiteren Verlauf wurde von Seiten unserer Genossen folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung spricht sich entschieden gegen jede Erhöhung der Getreidepreise aus, da dadurch die Lebenslage der Volksmassen herabgedrückt wird.“ Dies passierte aber verhältnismäßig den Herren Landwirten durchaus nicht in der Kram. Der Vorsitzende, selbstverständlich ein Gutsherr, glaubte denn auch nachdem er schnell einige Worte mit dem Referenten gewechselt hatte, durch blitzschnellen Schluß der Versammlung die Abstimmung über besagte Resolution vereiteln zu können, doch auch hier gelangten unsere Genossen überlegen, da sie die Resolution selbst zur Abstimmung und zur einstimmigen Annahme brachten. Manchem der Versammlungsbesucher sind die Augen über die Absichten der Postfreunde geöffnet worden. Auch beschiedene Landwirte werden die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es nicht immer zu ihrem Gunsten ist, wenn sie mit dem Großgrundbesitzer durch Dick und Dünn gehen.